

Sudetenpost



Erscheinungsort Wels P. b. b.
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis S 16.-

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 18

Wien - Linz, 17. September 1998

44. Jahrgang

Qual der Wahl

VON MANFRED MAURER

Die Beneš-Dekrete
schon aufgehoben?

(Seite 2)

Fordern Sudeten-
deutsche Obszönes?

(Seite 4)

Tribüne der
Meinungen

(Seite 12)

So wird Versöhnung zur Verhöhnung: Prag würdigt „Meister“ Beneš

Die tschechischen Spitzenpolitiker haben wieder einmal ein Musterbeispiel dafür abgeliefert, wie ernst es ihnen mit der deutsch-tschechischen Versöhnung wirklich ist: Mit einem Schlag ins Gesicht aller Vertriebenen und der Hinterbliebenen der Vertreibungstoten haben Ministerpräsident Milos Zeman und sein Vorgänger, der nunmehrige Prager Parlamentspräsident Václav Klaus, in Erinnerung gerufen, daß Versöhnung auf Tschechisch Verhöhnung heißt.

Die beiden Herren sahen sich nämlich veranlaßt, den fünfzigsten Todestag des am 3. September 1948 verstorbenen tschechischen Staatspräsidenten Edvard Beneš nicht mit

betretenem Schweigen zu übergehen, sondern mit Lobeshymnen auf den toten Vater des Völkermordes an den Sudetendeutschen zu begeben. Zeman und Klaus pilgerten am Todestag zum Beneš-Grab bei Tabor. Der Ex-Premier erklärte Beneš posthum zum „Meister der politischen Taktik und der Diplomatie“. Seine Politik habe die Prüfungen der Zeit überstanden! Zeman formulierte seine rhetorische Ohrfeige für alle Opfer der Beneš-Politik etwas subtiler, aber um nichts weniger provokant: Der Ministerpräsident befand es nämlich für ratsam, darüber nachzudenken, wie man künftig eine Wiederholung der Geschichte verhindern könne. Nein, Zeman meinte damit natürlich nicht im

geringsten den von Beneš befohlenen Völkermord, vielmehr spielte er mit seinem Ratschlag auf die „fünfte Kolonne“ an, die sich seinerzeit im tschechoslowakischen Staat gebildet habe. Die Sorgen Zemans gelten also offenbar einer neuerlichen „fünften Kolonne“ – also einer deutschen Gefahr. Eine derartige Provokation müßte normalerweise diplomatische Verwicklungen nach sich ziehen. Doch bislang hat sich in Bonn, geschweige denn in Wien, noch keiner der Regierenden an Zemans und Klaus' Beneš-Lobhudelei gestoßen.

Offenbar wird gern überhört, was die Illusion von der Versöhnungsbereitschaft dieser tschechischer Politiker stören könnte ...

Das Bild der Heimat



Schloß Frauenberg bei Budweis, hoch über der Moldau gelegen, geht auf eine Burg des 13. Jahrhunderts zurück.

NACH DEN LANDTAGSWAHLEN in Bayern stehen die Landsleute in Deutschland vor einer schwierigen Wahl. Aus dem sudetendeutschen Blickwinkel betrachtet ist die Bilanz der Bonner Regierung aus CDU / CSU und F.D.P. alles andere als ein Glanzstück. Daß Kanzler Kohl gerade in den vergangenen Wochen angesichts der Vertriebenen-Beschimpfung durch Ministerpräsident Zeman endlich einmal selbst deutliche Worte gefunden hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Regierung für jenes vielfach Versöhnungserklärung, viel öfter aber auch Verhöhnungserklärung genannte Dokument verantwortlich ist, das in Prag nur die Schlußstrich-Gesinnung gefördert hat.

WOHIN SOLL ICH MICH WENDEN?, fragt sich jetzt wohl so mancher sudetendeutsche Wähler in der Bundesrepublik. Sollte man der Union und insbesondere der Kinkel-F.D.P. am 27. September nicht nach dem Motto „Wahltag ist Zahltag“ den verdienten Denkkzettel verpassen? Wäre dieser Denkkzettel vielleicht am wirkungsvollsten, würde man in der Wahlzelle das Kreuzchen bei einer jener kleinen Parteien machen, die ohne Wenn und Aber die Forderungen der Vertriebenen auf ihre Fahnen geschrieben haben?

DIE PERSPEKTIVE ist in der Tat verlockend. Die Kanalisierung des Zorns auf Republikaner und Co. ist jedoch ein höchst zweischneidiges Schwert. Zweifellos mag der einzelne Wähler mit einer gewissen persönlichen Befriedigung das Wahllokal verlassen, wenn er es denen in Bonn einmal so richtig gezeigt hat. Und was regt Deutschland und die Welt schließlich mehr auf, als ein Erfolg von Parteien, die weit rechts von der Mitte stehen?

DOCH WIE IMMER stellt sich die Frage: Cui bono?

WEM NÜTZT ES? Selbst ein großer Erfolg dieser Parteien, also wenn eine von ihnen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen würde, hätte kaum positive Auswirkungen im Sinne der Vertriebenen. Helmut Kohl könnte sich ebensowenig von einer dieser Parteien zum Kanzler wählen lassen wie Gerhard Schröder von den PDS-Kommunisten.

WAS DIE UNIONSPARTEIEN am Wahlsonntag nach rechts verlieren, gewinnt somit in Wirklichkeit die SPD. Und genau darauf wartet man in Prag ja schon sehnlichst. Dort haben sozialdemokratische Regierungsvertreter in den vergangenen Wochen nicht nur einmal unverblümt ihrer Hoffnung auf einen Kanzler Schröder Ausdruck verliehen. Überraschend ist das nicht, wenn man verfolgt hat, was der SPD zur Auseinandersetzung um Zemans Vergleich der Sudetendeutschen mit den tschechischen Kommunisten und Republikanern eingefallen ist.

DIE QUAL DER WAHL dürfte daher für viele Landsleute in Deutschland vor allem darin bestehen, einmal mehr das kleinere Übel wählen zu müssen, um noch Schlimmeres zu verhindern.

Sudetendeutscher
Heimattag 1998

Wien und Klosterneuburg
25. bis 27. September

Beachten Sie bitte unsere Ankündigung
auf Seite 5!

Es gibt viele Dinge, die aktuell wären und mit denen ich mich beschäftige. Am meisten ist dies jedoch im Augenblick der Fall der angedrohten Sammelklagen gegen jene Personenkreise, Organisationen, Wirtschaftsunternehmungen und Staaten, denen Bereicherungen auf Kosten von Opfern vorgeworfen werden. Im Prinzip habe ich nichts dagegen, aber die Vorgangsweise schockiert. In der österreichischen Zeitungslandschaft kann dies jeder nachlesen. Ich habe sowohl gegenüber unseren staatlichen Stellen, als auch verschiedenen Repräsentanten von Vertreiberstaaten stets den Standpunkt vertreten, daß allen Personen, die ab 1938 bis jetzt gewaltsam um ihr Eigentum gebracht wurden, Wiedergabe oder Entschädigung zu leisten sei. Plötzlich wird dies möglich, aber nicht für alle. Es gibt Opfer erster, zweiter, vielleicht sogar dritter Klasse. Den einen gibt man, die anderen vertröstet man und den dritten verweigert man ihr Recht. In den Medien ist zu lesen, daß mit den Nürnberger Rassegesetzen, den Arisierung-Regelungen die rechtliche Grundlage für Inbesitznahme geschaffen wurde, so ist die Realität. Realität ist aber auch, daß diese staatlichen Regelungen sofort nach der Niederlage Deutschlands beseitigt wurden. Die AVNOJ-Beschlüsse und Gesetze, ebenso wie einige der Beneš-Dekrete und Gesetze der CSR, sind noch heute in Kraft. Jedermann kann in verschiedensten Aussagen der Zeitungen, die Begrif-

Gedanken des Bundesobmannes

fe „Arisierung“ mit „Beneš-Dekrete“ austauschen, statt „Juden“, „Heimatvertriebene“ einsetzen. Der Unrechtsbestand ist der gleiche, die Vorgangsweise aber nicht. Kommissionen zur Klärung der Vorfälle werden eingesetzt. Auf die Ergebnisse bin ich gespannt, werde aber nicht verwundert sein. Heute wird soviel über „Nazi-Raubgut“ geschrieben. „Die Museen hätten ihre Unschuld verloren. Man habe genommen.“ Wenn heute Vertriebene und Enteignete Kunstschatze aus ihrem Familienbesitz besichtigen wollen, dann müssen sie in die staatlichen Museen der CR gehen, egal ob in Prag, Brünn oder Siczov. Ob sich das nach einem eventuellen Beitritt der CR zur EU ändern würde, wage ich zu bezweifeln. Wenn vor kurzer Zeit über den jüdischen Sportverein Hakoa (so hieß er, glaube ich) berichtet wurde, dessen Anlagen damals nicht nur einen hohen materiellen Wert darstellten, so taucht die Frage auf, was ist aus unseren Sportplätzen, Turnhallen, Veranstaltungsräumlichkeiten geworden, die Gemeinschaftseigentum waren? Nach Arisierung – Entschuldigung – etlichen Beneš-Dekreten, die noch immer in Kraft sind, ist die Raubsicherung ja noch immer in Kraft.

Wie lange soll dies eigentlich noch immer der Fall sein?

Abgeschlossene Versicherungen, die nicht ausbezahlt wurden, sind ein sehr aktuelles Thema.

Die „Presse“ berichtet: „Versicherungen mit Nazi-Opfern einig. New York (ap.). Die großen europäischen Versicherungen haben sich mit Vertretern jüdischer Organisationen auf eine außergerichtliche Lösung zur Entschädigung von NS-Opfern geeinigt.“

Was haben unsere Landsleute zu erwarten, die nicht mit Sammelklagen agieren, aber noch die Polizzennummern (die Verträge durften sie ja unter Strafdrohung nicht mitnehmen) aufgeschrieben hatten? Darüber werden wir in entsprechender Weise berichten und reagieren. Über die Vorgangsweise der jetzt aktuellen Rechtsanwälte kann man streiten (siehe „Sudetenpost“ 17/1998, S. 3).

Ein sehr interessanter Artikel in der „Presse“ vom 26. 8. 1998, Seite 2, von dem Wiener Juden Peter R. Schlifke, zeigt einen Blickpunkt auf, den ich auszugsweise wiedergeben will.

„Meine Großeltern, die von den Nazis ermordet und von der österreichischen Bürokratie zur Lachnummer gemacht wurden, werden heute von cleveren amerikanischen Anwälten und Politikern instrumentalisiert und zur Geldquelle umfunktioniert. Die Methode ist vielfach

bewährt: Zahle, oder ich schmeiße deinen Laden zusammen. Die Methode hat auch einen Namen: Schutzgelderpressung. ‚Ehrenwerte‘ Leute sind damit reich geworden. Zum Beispiel in den USA. Daß österreichische Unternehmen wie auch die von den jüdischen Rothschilds gegründete Creditanstalt bei den Nazis mitgemacht haben, ist keine großartige Neuigkeit. Daß sie das zwar nicht ungern, aber auch nicht ganz freiwillig gemacht haben, auch nicht. Den Betreibern dieser Klagen geht es offensichtlich um Erfolgshonorare und Wählerstimmen. Was mit den erlangten Geldern geschieht, ist nicht ganz klar, die Opfer – zum Beispiel in Wien – werden, einer guten Tradition folgend, wohl nicht viel davon sehen, dafür aber vielleicht irgendwelche fragwürdigen Organisationen. Die Nazis haben meine Großeltern aufs grausamste mißhandelt und umgebracht. Die Österreicher haben ihr Andenken systematisch verhöhnt.

Und weil offensichtlich auch aller schlechter Dinge drei sein müssen, kommen jetzt noch Aasgeier aus dem Wilden Westen angefliegen und mästen sich an ihren Leichen. Wirklich: Ich kann gar nicht so viel essen, wie ich kotzen möchte.“

Dem kann ich mich auf die Vorgangsweise mancher maßgeblicher Personen in Österreich und der CR nur anschließen.

Ihr Bundesobmann Karsten Eder

So wird Europa Sand in die Augen gestreut: Dekrete-Verwirrspiel

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß den tschechischen Politikern allmählich etwas dämmert: Die Beneš-Dekrete werden nicht unter einen Hut zu bringen sein mit dem EU-Standard. Die Konsequenz daraus ist aber nicht etwa die Aufhebung dieser Gesetze, sondern der Versuch, Europa Sand in die Augen zu streuen. So entsteht die Mär von den angeblich gar nicht mehr gültigen Beneš-Dekreten.

Zwei prominente Herren, deren Stimme hierzulande aufgrund ihrer Prominenz durchaus einiges Gewicht beigemessen wird, waren in den vergangenen Wochen in Österreich bzw. in Deutschland mit dem „Sandsacker!“ unterwegs: Pavel Kohout und Havels Ex-Kanzler Fürst Schwarzenberg behaupteten, daß die Beneš-Dekrete ohnehin keine Gültigkeit mehr hätten (ausführlich an anderer Stelle in dieser Ausgabe nachzulesen). Die unwidersprochen im Raum stehengebliebenen Äußerungen mußten beim Publikum folgenden Eindruck hinterlassen: Was wollen diese Sudetendeutschen eigentlich mit ihrer dauernd erhobenen Forderung, wenn sie

doch ohnehin schon längst erfüllt ist? Ist etwa auch dem tschechischen Ministerpräsidenten ein entsprechender Beschluß der Regierung entgangen? Immerhin hatte Zeman noch im August gesagt: „Jene, die eine Aufhebung der Beneš-Dekrete verlangen, bekommen von uns eine klare Antwort: Nein!“ Offenbar liegen die Herren Kohout und Schwarzenberg doch nicht ganz richtig mit ihrer Behauptung von den gar nicht mehr gültigen Beneš-Dekreten.

Faktum ist jedenfalls: Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn hat am 8. März 1995 nicht nur die Gültigkeit, sondern auch die Fortwirkung der Dekrete bestätigt. Es ist nicht bekannt, daß irgendeine tschechische Stelle dieses Erkenntnis auch nur anzufechten versucht hätte. Es hat vielmehr Eingang in den amtlichen Vollzug gefunden. Der „Sudetenpost“ liegt zum Beispiel die Eingabe eines Vertriebenen an das tschechische Finanzministerium vor, in der dieser vor zweieinhalb Jahren die Rückgabe des konfiszierten Vermögens seiner Eltern verlangte. Mitte 1996 erhielt er vom Bezirks-

grundamt Ceska Lipa eine Verständigung, in der bezüglich des Eigentumsrechtes eindeutig auf „die Befunde des Verfassungsgerichtes der Tschechischen Republik“ verwiesen wird.

Das Rätsel, wie tschechische Vertreter im Ausland wider besseres Wissen von einer bereits erfolgten Aufhebung der Beneš-Dekrete daherreden können, läßt sich nur mit einer gezielten Desinformationspolitik erklären: Prag versucht in Europa den Eindruck zu erwecken, daß es die Dekrete gar nicht aufheben müsse, weil das ja ohnehin schon geschehen sei. Dabei sollte die bezüglich der sudetendeutschen Frage weit verbreitete Unwissenheit und damit Beeinflussbarkeit vieler Politiker in Europa nicht unterschätzt werden. Daß sich die EU aber auf derart primitive Weise hinter das Licht führen lassen könnte, ist geradezu unvorstellbar. Schließlich klopft die EU-Kommission gerade den tschechischen Rechtsbestand Paragraph für Paragraph auf seine Kompatibilität mit dem EU-Recht ab. Da müßte man doch eigentlich bald auch über die Beneš-Dekrete stolpern.

Neubauer: Prag muß Entscheidungen des UN-Menschenrechtsausschusses respektieren

Wie die „Sudetendeutsche Zeitung“ kürzlich berichtete, weigert sich die Tschechische Republik – trotz eindeutiger völkerrechtlicher Verpflichtung – in mindestens zwei Fällen, Entscheidungen des UN-Menschenrechtsausschusses zu respektieren. Hierzu erklärt der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Franz Neubauer:

Der UN-Menschenrechtsausschuß hat in zwei Fällen Beschwerden von tschechischen Bürgern gegen die Tschechische Republik stattgegeben. Es handelt sich um die Fälle Simunek (Nr. 516 / 1992) und Adam (Nr. 586 / 1994), in denen der Genfer Ausschuß bereits vor einiger Zeit zugunsten der Beschwerdeführer entschieden hat. In beiden Fällen hat aber die Tschechische Republik die Vorgaben aus Genf nur teilweise oder gar nicht erfüllt, obwohl das Land sich 1992 verbindlich dazu verpflichtet hat.

Im Fall Adam hat der Ausschuß festgestellt,

daß das heutige tschechische Restitutionsrecht in einem zentralen Punkt völkerrechtswidrig ist: Das Fehlen der tschechischen Staatsbürgerschaft darf nur dann Ausschlußgrund von der Eigentumsrestitution sein, wenn diese freiwillig aufgegeben wurde. Dagegen darf der erzwungene Verlust der Staatsangehörigkeit kein Ausschlußgrund sein, weil dies eine Diskriminierung und mithin einen Verstoß gegen Artikel 26 des Internationalen Paketes über bürgerliche und politische Rechte von 1966 darstellt.

Neubauer: Es ist unerträglich, daß die Tschechische Republik sich weigert, die klare Aufforderung des UN-Menschenrechtsausschusses zu respektieren und die festgestellte Völkerrechtsverletzung abzustellen. Diese Weigerung stellt übrigens selbst eine Verletzung des Paketes dar (Artikel 2, 3).

Neubauer äußerte die Überzeugung, daß die Weigerung der Tschechischen Republik, ihr

Restitutionsrecht zu ändern, hauptsächlich gegen die Sudetendeutschen gerichtet sei. Allerdings seien von dieser Politik auch Auslands-tschechen und Juden aus den böhmischen Ländern betroffen, und zwar noch unmittelbarer als die Sudetendeutschen. „Die CR pokert sehr, sehr hoch. Jeder weiß, daß Rechtsstaatlichkeit und die volle Einhaltung des Völkerrechts unabdingbare Voraussetzungen für den EU-Beitritt sind. Die Entscheidungen des UN-Menschenrechtsausschusses sind öffentlich. In Brüssel und Straßburg kennt man sie oder wird rechtzeitig Kenntnis davon erhalten.“

Neubauer äußerte zugleich völliges Unverständnis für das Auswärtige Amt: „Wie konnte Deutschland der Tschechischen Republik im Jänner 1997 in Ziffer 1 der Deutsch-tschechischen Erklärung trotz dieser Tatsachen pauschal die Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen bescheinigen?“

Höchtl-Brief an Milos Zeman

Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Josef Höchtl schrieb Anfang September dem tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Premierminister!

Ich erinnere mich noch gut an unsere letzte Begegnung, welche vor wenigen Monaten im österreichischen Parlament, gemeinsam mit einigen anderen Kollegen, stattfand. Bei diesem Treffen – als Sie noch Parlamentspräsident waren und ich auf österreichischer Seite den Vorsitz innehatte – führten wir eine interessante Diskussion, wo auch die für Österreich wichtige Frage der „Beneš-Dekrete“ zur Sprache kam.

Wie ich nun aus den österreichischen Medien entnehmen konnte, haben Sie sich erst kürzlich wieder gegen eine Annullierung der „Beneš-Dekrete“ ausgesprochen.

Da ich das Schicksal der Vertriebenen sehr gut kenne und mich als langjähriger Menschenrechtssprecher auch international immer gegen ein derartiges Unrecht ausgesprochen habe, ersuche ich Sie, Ihre Haltung hinsichtlich der festgeschriebenen Rechtfertigung der Vertreibung gerade als neuer Premierminister nochmals zu überdenken und den längst überfälligen direkten Dialog mit Vertretern der Betroffenen endlich aufzunehmen.

Europa und insbesondere die Europäische Union ist gerade in den vergangenen Jahren immer stärker zu einer Friedensgemeinschaft geworden. In dieser EU haben wir dafür eine besondere Wert- und Rechtsgemeinschaft entwickelt, in der jeder vorhandene oder zukünftige Partner klar eine Absage an die unrühmlichen Schatten der Vergangenheit zu leisten hat.

Gerade meine Heimatstadt Klosterneuburg, welche die Patenstadt der Sudetendeutschen ist, hat oft erlebt, wie die Sudetendeutschen ihre Beiträge geleistet haben und jeglicher Rache abgeschworen haben, weil sie an einer echten Aussöhnung mit dem tschechischen Nachbarn interessiert sind. Für diese Versöhnung sind aber die „Beneš-Dekrete“ ein enormes Hindernis. Ich appelliere an Sie in Ihrer derzeitigen Funktion als Premierminister, Ihre bisher geäußerte Haltung zu überdenken. Es wäre ein wichtiger Beitrag für eine gemeinsame europäische Rechts- und Wertegemeinschaft.

So hoffe ich auf eine positive Antwort Ihrerseits und verbleibe mit nachbarlichen Grüßen

Dr. Josef Höchtl

Pavel Kohouts „Erinnerung der Sudetendeutschen“ in der „Welt“ bleibt nicht ohne Widerspruch: Polemik am Rande der Volksverhetzung

In Erinnerung der Sudetendeutschen

in „Die Welt“ am Montag, 10. 8. 98, unter der Rubrik „Die andere Meinung“

Klingt fremd, nicht? Und doch, es gab sie, es gab hunderttausende von ihnen, die seit Jahrhunderten die Mischregion jenes Königreiches mitbewohnten. „Die Länder der tschechischen Krone“ genannt. Welch Wunder, daß diese Gebiete nach dem Ersten Weltkrieg, entgegen dem Wunsch der Sudetendeutschen, nicht aus dem historischen Ganzen herausgerissen und mit anderen deutsch-österreichischen Regionen vereint wurden.

Denen, die zuvor einen Eroberungskrieg vom Zaun gebrochen und verloren haben, macht man normalerweise keine solchen Geschenke.

So lebten sie weiter gemeinsam in ihrer alten Heimat, bis die Tschechen nach dem tragischen Abkommen von München ins Landesinnere vertrieben wurden, wo sie dann der künftige Fließbandmörder ohnehin erwischte. Die Bilder der traurigen Trosse von damals sind den heutigen aus dem Kosovo erschreckend ähnlich.

Das alles pflegt jedoch zu fehlen in der Geschichtsschreibung des harten Kerns der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Sie beginnt erst mit ihrer Vertreibung.

Ich gehöre bekanntlich zu jenen Tschechen, die, obwohl ihre Familien von den Deutschen dezimiert wurden, für die rücksichtslose Inspektion aller eigener Keller eintreten, in denen sich noch versteckte Leichen von Opfern heimischer Verbrecher finden könnten. Die freie tschechische Journalistik, sie sei gelobt, hat sich diese Aufklärung sogar zu eigen gemacht!

Und es war ein Tscheche meines Namens, der in seinem letzten Roman „Die Sternstunde der Mörder“ das Wüten und Leiden der Tschechen und Deutschen im Prager Aufstand 1945 mit gleicher Richtschnur maß. Und es war derselbe Tscheche, der das bereits berühmte Prager Theaterfestival der deutschsprachigen Theater durchsetzte und auch gegen eine deutsche Bank-Lady zu retten half, die es aus Eitelkeit vereiteln wollte.

Das soll nur als Beweis dienen, daß ich nicht am tschechischen Nationalismus leide, wenn ich behaupte: Die Schuld an dem wiederentflammten Reizklima tragen vor allem militante Sudetendeutsche.

Mag sich ein hoher tschechischer Politiker weiß Gott wie unklug äußern – und das hat er bei Gott getan –, er reagiert auf einen immer massiveren Druck von der anderen Seite, dem deutsche, vor-

nehmlich bayerische Politiker, nicht standhalten können oder wollen.

Es gehört sich einfach nicht, wenn Nachkommen, ja oft noch Zeitgenossen jener, welche die demokratische CSR in die Luft sprengten und dann ganz Europa in Blut ertränkten, jetzt Forderungen stellen, die ihre ehemaligen Opfer nur brüskieren können, noch dazu unnützlich: So sind die Beneš-Dekrete als solche durch das neue Grundgesetz längst außer Kraft – und es muß lediglich der neuen Generation der Tschechen überlassen werden, diesen Prozeß bis zum erwünschten Ende zu führen. Nur Blinde können nicht sehen, daß er im Gange ist, nur Dumme wollen ihn torpedieren.

Drohungen wie „Wir werden Ihnen den Weg in die EU versperren!“, bei denen sogar Hitlers Lieblingswort „Tschechei“ verwendet wird, dürfen nicht ausgesprochen werden, sie klingen gerade von dieser Seite – sogar für mein verständliches Ohr – absolut unerträglich. Oder sind sie deswegen verwendet worden, um Reaktionen hervorzurufen, aus denen neues politisches Kapital zu schlagen wäre?

Nur – wenn jeder verbale Ausrutscher aus Prag zum Schulterschuß des ganzen deutschen Spektrums mit den Häuptlingen des „dritten bayerischen Stammes“ führen sollte, kann man, das ist zu befürchten, bald eine neue Angstsolidarisierung der gesamten tschechischen Gesellschaft gegen alle Deutschen erleben. Eine grausame Vorstellung. Und wenn vielleicht die Deutsch-Schlesier sich dieser Gangart anschließen und die Polen sich herausgefordert fühlen?

Dann haben wir zwar keinen Krieg, aber auch nicht den erhofften Frieden. Dann sind wir wieder im geistigen Klima der 30er Jahre.

Fazit: Ich selbst überließ meinen logischen Stuhl im deutsch-tschechischen Forum jenen, die bereits von keinem Ressentiment verleitet werden können. Warum kann es auch Herr Neubauer nicht tun?

Überhaupt: Immer noch klare Mehrheiten unserer beiden Nationen sollten sowohl deutsche Berufsvertriebene als auch tschechische Profipatrioten mit vereinter Stimme auf jenen Sandkasten verweisen, wo sie ihre gefährlichen Spielchen allein betreiben sollen.

Es war ihrer genug!

(VON PAVEL KOHOUT)

Der tschechische Schriftsteller Pavel Kohout hat in einem Gastkommentar in der deutschen Tageszeitung „Die Welt“ unter dem Titel „In Erinnerung der Sudetendeutschen“ wieder einmal zum (sudeten-)deutsch-tschechischen Verhältnis Stellung genommen. Der am 10. August erschienene Beitrag (siehe Kasten) enthält haarsträubende Geschichtsverdrehungen und Beschuldigungen, die auf heftigen Widerspruch stoßen müssen.

Pavel Kohout muß entschieden widersprochen werden. Der Tenor seiner Veröffentlichung ist einer Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen wenig hilfreich. In der Terminologie der Bundesrepublik würde man sagen, die Polemik grenzt an Volksverhetzung. Der Vorsitzende des Heimatkreises Mies-Pilsen, Dr. Hans Mirtes, begründet dies im folgenden Beitrag.

1. Eine Vertreibung von Tschechen wie in der Art von 1945/46 an den Deutschen verübt oder wie im heutigen Jugoslawien erfolgt – Kohout führt das Beispiel Kosovo an, hat es erwiesenermaßen nicht gegeben. Das ist eine Geschichtslüge, welche erst nach der Wende 1989/90 aus durchsichtigen Gründen verbreitet wurde, um die Vertreibung der Sudetendeutschen tschechischerseits zu rechtfertigen. Das tschechische Militär zog sich natürlich „in Kolonnen“ in Begleitung von Familien und Verwaltungsbeamten geordnet und zeitlich in drei Etappen aus dem Sudetenland zurück ins Landesinnere.

2. „...wo sie dann der künftige Fließbandmaschinenmörder ohnehin erwischte“. Mit dieser Aussage wird eine Vereinfachung und eine Vermischung getroffen, die gröblich falsch ist. Sie trifft allenfalls auf Juden und Antifaschisten zu, aber nicht auf das tschechische Militär, ihre Angehörigen und die tschechische Beamten-schaft, die im Sudetenland neben Verwaltungsaufgaben insbesondere für die Assimilierung und Schikanierung der deutschen Bevölkerung eingesetzt war.

3. Das Reizklima, von dem Kohout spricht, hat nicht die Sudetendeutsche Landsmannschaft oder gar die Bayerische Staatsregierung geschaffen, sondern ganz allein die tschechische Seite, die sich vehement weigert, mit den vertriebenen Sudetendeutschen und ihren Vertretungsorganen zu sprechen. Die nicht bereit ist, das Unrecht beim Namen zu nennen, die völkerrechtswidrigen Beneš-Dekrete abzuschaffen, ganz abgesehen von einer fälligen

Wiedergutmachung der Vertreibungsschäden. Auch wenn Kohout meint, daß die „Beneš-Dekrete durch das neue tschechische Grundgesetz längst außer Kraft sind“, so bezieht man sich doch bei Klagen von Heimatvertriebenen auf Restitution ihres geraubten Eigentums nach wie vor auf diese Dekrete.

4. Herr Kohout spricht von einer „Angstsolidarisierung der gesamten tschechischen Gesellschaft gegen alle Deutschen“. Gerade hier wäre es die Aufgabe der tschechischen verantwortlichen Politiker, mäßigend einzuwirken und das Unrecht einzugestehen. Auch die deutsche Gesellschaft hat sich von ihrem Unrecht gelöst, es verurteilt und leistet auch heute noch Wiedergutmachung, soweit das überhaupt möglich ist.

5. Herrn Kohout stünde es an, angesichts der Devastierung eines ganzen Landstrichs im Grenzbereich der Tschechischen Republik, sich für die Untaten seiner Landsleute in den Jahren 1945/46 zu schämen. Während die tüchtigen und fleißigen Sudetendeutschen nach dem Krieg mit den Einheimischen ein zerstörtes Land wiederaufgebaut haben, wurde das Sudetenland geraubt, geplündert und zerstört.

6. Kohout meint, zwischen Sudetendeutschen und Deutschen trennen zu müssen. Aber 1945/46 sind aus dem Sudetenland Deutsche vertrieben worden, in Prag und anderswo sind deutsche Soldaten nach der Kapitulation der Wehrmacht von sogenannten „Partisanen“ und „Roter Garde“ bestialisch ermordet worden. Wohlgerichtet nicht im Krieg haben seine Landsleute ihre Tapferkeit beweisen müssen, sondern nach Niederlegung der Waffen und allzu oft an wehrlosen Menschen wurde ihre Bestialität erprobt. All das muß man jetzt in Erinnerung rufen und soll nicht vergessen werden.

Dr. Hans Mirtes, Vorsitzender des Heimatkreises Mies-Pilsen e. V. und Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Prager Regierung wackelt schon Zeman träumt von der Rente

Gerade zwei Monate ist die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Prag im Amt, da knistert es schon laut im Gebälk. Einige Minister drohen mit Rücktritt, weil sie Budgetkürzungen nicht hinnehmen wollen. Und selbst der Regierungschef Milos Zeman scheint nicht allzu begeistert von seinem Amt: Er denkt schon jetzt laut über seine Früh pensionierung nach.

Hauptexponenten des internen Konflikts sind Zeman und Finanzminister Ivo Svoboda. Sie planen Budgetkürzungen. Auf der anderen Seite stehen Innenminister Václav Grulich, Außenminister Jan Kavan und Verteidigungsminister Vladimir Vetchy. Grulich will für sein Ressort nicht weniger, sondern mehr Geld. Nach dem vorliegenden Etatentwurf müßte er nämlich 4000 Beamte entlassen. Der Innenminister drohte bereits mit persönlichen Konsequenzen.

Außenminister Jan Kavan wiederum fürchtet, daß er die Verpflichtungen Prags gegenüber der NATO nicht erfüllen können wird. Verteidigungsminister Vetchy warnte ausdrücklich, daß die für sein Ressort geplanten Kürzungen eine Verletzung der eingegangenen Verpflichtungen für den NATO-Beitritt im kommenden Jahr bedeuten. Auch Justizminister Otakar Motejl warnte, daß die Justiz mit dem ihr zugeordneten Geld „nicht mehr funktionsfähig“ sei.

Die Schuld für die Budgetnöte weist Zeman den konservativen Vorgängerregierungen zu. „Er habe einen „leergegessenen und verschuldeten Laden“ übernommen, sagte Zeman.

Nicht nur intern stehen Zeman schwierige Zeiten bevor. Auch die politischen Gegner proben bereits den Aufstand. Die oppositionellen Parteien protestierten scharf gegen die geplan-

te Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 2,4 Prozent.

Zwei Monate nach Amtsantritt scheint Milos Zeman schon amts müde zu sein. Er kündigte nämlich kürzlich überraschend an, daß er sich spätestens in vier Jahren aus der Politik zurückziehen und in Früh pension gehen wolle. Die Tageszeitung „Pravo“ berichtete von einer entsprechenden schriftlichen Erklärung Zemans an die für Oktober geplante Sitzung des CSSD-Vorstandes. Zeman begründete seinen Rückzug in „Pravo“ so: „Wenn Balletttänzerinnen oder Jetpiloten schon im Alter von 35 Jahren in die Rente gehen dürfen, sehe ich keinen Grund, warum ein Politiker, der seine gesamte Energie für die Realisierung der Ziele seiner Partei gewidmet hat, nicht mit 58 Jahren in den Ruhestand gehen darf“.

Prag: Bombe verletzt Touristen

Zwei Touristen – ein Spanier und eine Holländerin – wurden am 7. September 1998 bei einem Bombenanschlag in der Prager Altstadt verletzt.

Nur wenige Stunden nach dem Attentat fand die Polizei in einem Abfalleimer fünf weitere Sprengstoffladungen. Über die Hintergründe der Tat sowie über die Täter wurde zunächst nichts bekannt. Im vergangenen Jahr gab es in Tschechien 54 Bombenanschläge.

Wir wünschen unserer Mutter, Omi und Uroma, Frau Elisabeth Jauernig, geboren am 22. September 1915 in Markt-Roßwald / Hotzenplotz, zum Geburtstag alles Gute!
Haslach a. d. Mühl



KONZERTANTES KUNSTPFEIFEN

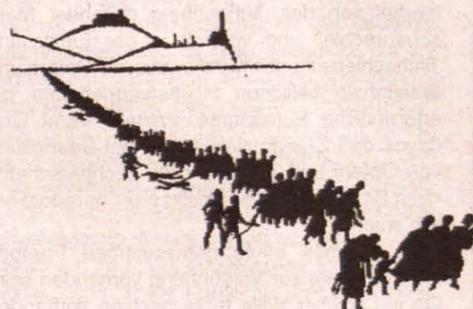
von Jeanette Schmid
erstmalig auf CD und Kassette.

Preis: CD S 150.–, Kassette S 100.–.

Eine Kassette mit Dialektgedichten und Kurzgeschichten aus unserer Heimat Böhmerwald kostet S 100.–.

Erhältlich bei Jeanette Schmid, Zirkusgasse 37 / 2 / 10, A-1020 Wien, Telefon: 01 / 21 29 162, Fax: 01 / 21 67 697.

Nëmci ven! Deutsche raus! Der Brüner Todesmarsch 1945



Die Vertreibung der Deutschen aus Brünn

Eine neue Dokumentation mit zahlreichen Aussagen betroffener Zeitzeugen ist jetzt erschienen. Tschechischen Veröffentlichungen über diese Austreibung, dort verniedlichend „Hinausführung“ genannt, wird die durch zahlreiche Zeugen belegte Wahrheit entgegengestellt. Diese Sammlung von Tatsachen- bzw. Erlebnisberichten ist von der BRUNA, dem Heimatverband der Brüner in Deutschland e. V., um der historischen Wahrheit willen zusammengetragen worden. ISBN 3-002566-9.

Umfang 232 Seiten, mit 7 Ablichtungen von Dokumenten und 2 Landkarten, Preis DM 38,00 zuzüglich Versandkosten. – Direktbezug: BHB Verlag, Hardtstraße 47/3, 73525 Schwäbisch Gmünd.

Stoiber verwahrt sich gegen Einmischung in den Wahlkampf

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat sich gegen Einmischung führender tschechischer sozialdemokratischer Politiker, die sich von einem SPD-Wahlsieg offenbar die Erledigung der sudetendeutschen Frage erhoffen, in den deutschen Wahlkampf verwahrt. Als Schirmherr der Sudetendeutschen forderte Stoiber erneut die Aufnahme unmittelbarer Gespräche von Vertretern der Tschechischen Regierung mit den Sudetendeutschen. In einem kürzlichen Gespräch mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Staatskanzlei bezog sich Stoiber dabei auf die aktuelle Aussage der Tschechischen Regierung, es gebe keine Berührungspunkte mit den Sudetendeutschen. Stoiber: „Nur die Aufnahme eines unmittelbaren Dialogs mit den Sudetendeutschen wird den Prozeß der Versöhnung zwischen unseren beiden Ländern weiter voranbringen. Ich begrüße es, wenn die Regierung unseres Nachbarlandes nun nach der Diskussion um die nicht hinnehmbare Äußerung von Ministerpräsident Zeman erklärt, daß es keine Berührungspunkte mit den Sudetendeutschen gibt. Das muß nun aber in direkte Gespräche umgesetzt werden.“ Der Ministerpräsident erinnerte dazu an die Initiative des Sudetendeutschen Rates, der bereits 1994 eine Einladung an die tschechischen Parteien zum direkten Gespräch ausgesprochen hat. „Diese Initiative könnte nochmals aufgegriffen werden,“ sagte der Ministerpräsident.

Der Sprecher der sudetendeutschen Volks-

gruppe, Franz Neubauer, erklärte: „Die damals ausgesprochene Einladung hat nach wie vor Gültigkeit.“ Sie entspreche der sudetendeutschen Haltung zum offenen Dialog und zur Verständigung von Anfang an. Neubauer und Stoiber stimmten überein, daß auch die sudetendeutschen Opfer von Gewalt und Vertreibung genauso wie tschechische NS-Opfer in Entschädigungsregelungen einbezogen werden müssen. „Es darf nicht Opfer erster und zweiter Klasse geben“, unterstrichen Neubauer und Stoiber übereinstimmend.

Stoiber kritisierte, daß der schlimme Vergleich der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit den tschechischen Kommunisten und Republikanern durch Ministerpräsident Zeman bisher noch nicht aus der Welt geschafft worden sei. Dadurch sei der deutsch-tschechische Dialog ernsthaft belastet. „Für jeden tschechischen Politiker, der sich mit der untadeligen von Anfang an unter Beweis gestellten auf Aussöhnung und Gewaltverzicht gerichteten Haltung der Sudetendeutschen beschäftigt, muß erkennbar werden, daß die Aufnahme des unmittelbaren Dialogs zu einer erheblichen Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen führen wird. Eine weitere Ausgrenzung der Sudetendeutschen würde umgekehrt der Aussöhnung schweren Schaden zufügen.“

In der EU kein Platz für Beneš-Dekrete

Mit Blick auf den Beitrittsantrag der Tschechischen Republik zur EU stellte Stoiber fest, in

der Europäischen Union als Rechts- und Wertegemeinschaft gebe es keinen Platz für die Rechtfertigung von Vertreibung und Enteignung, wie sie mit den Beneš-Dekreten für die Sudetendeutschen ausgesprochen wurden. So lege der EG-Vertrag ausdrücklich fest, daß jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten ist. Darüber hinaus haben die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel in Kopenhagen 1993 festgelegt, daß die Beachtung und Durchsetzung von Menschenrechten wesentliche Voraussetzung für einen EU-Beitritt sind. Daraus folgt, so Stoiber, daß in einer Europäischen Union, die die Vertreibung als klaren Verstoß gegen Menschenrechte ächtet, auch die Beneš-Dekrete keine Rechtswirkung haben dürfen.

Schröder soll endlich Farbe bekennen!

Stoiber und Neubauer forderten den SPD-Kanzlerkandidaten Schröder auf, der als niedersächsischer Ministerpräsident die Mittel für die Kulturarbeit der Vertriebenen radikal gekürzt hat, endlich zur sudetendeutschen Frage Stellung zu beziehen. Es sei bezeichnend, daß Schröder zu den Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman bisher geschwiegen habe. Schröder müsse sich fragen lassen, ob er die Sudetendeutsche Frage ebenso für abgeschlossen erkläre, wie es die gemeinsame Erklärung der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1995 tut.

Ruf nach Recht und Gerechtigkeit „Obszön“, „Infam“, „Rechtsextrem“!

Mit einem kurzen ORF-Interview über Recht und Gerechtigkeit auch für Sudetendeutsche hat sich Jörg Haider heftige Kritik eingehandelt:

Der FPÖ-Chef hatte die Ansicht vertreten, daß angesichts der Wiedergutmachungsforderungen jüdischer Emigranten auch die Sudetendeutschen zu ihrem Recht kommen sollten. Nicht ganz überraschend hagelte es wilde Proteste.

Haider in dem ORF-Interview am 9. September: „Das ist einfach ein Problem, wo ich sagen muß, man muß jetzt einmal klären, mißt man hier mit zweierlei Maß? Wenn jüdische Emigranten Forderungen stellen, dann ist sozusagen die Wiedergutmachung endlos. Wenn Sudetendeutsche dasselbe von der österreichischen Regierung verlangen, daß sie gegenüber den tschechischen Behörden ihre Wiedergutmachungsforderung durchsetzen sollen, dann wird gesagt, irgendwann muß einmal ein Schlußstrich unter die Geschichte gezogen werden. Jetzt frage ich mich wirklich, was soll das? Man kann nicht Gleiches ungleich behandeln.“ Der ORF-Reporter stellte die Zwischenfrage,

ob es sich nach Haiders Ansicht hier tatsächlich um Gleiches handle.

Haiders Antwort darauf: „Vertreibung, Tod, menschenrechtswidriges Verhalten sollte nicht von der ethnischen Zugehörigkeit abhängig sein. Jeder von uns weiß, was die Menschen jüdischer Abstammung durchgemacht haben. Jeder aber weiß auch, was die Heimatvertriebenen durchgemacht haben. Und da möchte ich nicht beurteilen, was schlimmer gewesen ist, sondern einfach schlicht und einfach sagen: Wenn es um Wiedergutmachungen geht, und die sind ziemlich unbegrenzt, dann gilt das für alle.“

Haider hatte zwar im Lichte der aktuellen Wiedergutmachungsdiskussion bloß das „Unrecht“ (nicht die staatlich organisierte physische Vernichtung) an den Juden mit dem Unrecht an den Vertriebenen gleichgesetzt, in den sofort einsetzenden Protestreaktionen wurde diese Nuance jedoch einfach ignoriert. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, nannte Haiders Äußerungen „einfach obszön“. Dies ist insofern bemerkenswert, als der Vizepräsident der Kultusgemeinde, Paul

Grosz, erst kürzlich gegenüber einem Journalisten des „Neuen Volksblattes“ durchaus Verständnis für die Forderungen der Sudetendeutschen bekundet hatte: Grosz hatte in diesem Zusammenhang gemeint, daß „wir jedes Unrecht ablehnen“. Der Vorsitzende des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstandes (DÖW), Wolfgang Neugebauer, warf Haider eine „unerträgliche Verharmlosung“ der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes vor. Haider weise sich, so der DÖW-Chef, einmal mehr „als ideologischer Rechtsextremist und NS-Beschöniger aus“. Das Liberale Forum warf Haider „Unverfrorenheit“ vor. Es sei infam, so der LIF-Abgeordnete Kier, für eine Gleichstellung von Juden und Sudetendeutschen in der Entschädigungsfrage einzutreten. SPÖ-Klubchef Peter Kostelka unterstellte Haider ein Schüren antisemitischer Vorurteile. Die Gleichsetzung des systematischen Völkermordes an den Juden mit der Vertreibung der Sudetendeutschen durch den Vorsitzenden einer im österreichischen Parlament vertretenen Partei sei mit aller Schärfe zurückzuweisen, meinte Kostelka.

Möglichkeiten der Rechtssicherung

Nachdem sich die Deutsche Bundesregierung durch den Vier-plus-zwei-Vertrag und andere bilaterale Vereinbarungen mit den Vertreibungsstaaten der Rechtszuständigkeit für die Belange der Heimatvertriebenen entledigt hat, befaßte sich der Ostdeutsche Arbeitskreis Hochtaunus mit den Möglichkeiten der Rechtswahrung und Rechtssicherung der Betroffenen.

In der Erkenntnis, daß die Opfer der Vertreibung nach Lage der Dinge auf sich selbst gestellt sind, wurde am Beispiel des völker- und staatsrechtlich nach wie vor bestehenden Freistaates Danzig aufgezeigt, welche Mittel und Wege zur Einklagung von Rechten, Wiedergutmachung und Restitution genutzt werden können. Obwohl die Annektierung Danzigs durch Hitler-Deutschland 1945 von den Alliierten als ungültig erklärt wurde und damit seinen Status als autonomes Staatsgebilde zurückerhielt, verteilte die EU-Exekutive im Jahre 1966 die bei der Bank of England hinterlegten Goldbestände der Danziger (Staats-)bank an Polen, die CSSR und Albanien. Die beim Amtsgericht Frankfurt am Main registrierte Exilregierung des nach wie vor „unter vorläufiger polnischer Verwaltung“ stehenden Freistaates Danzig bewirbt sich um die UN- und EU-Mitgliedschaft.

Verkehrte „Restitution“

Restitution ist möglich – wenn auch nur in die verkehrte Richtung: Ein wertvolles Gemälde des niederländischen Malers Pieter van Laer befindet sich nun nach sieben Jahren wieder in Tschechien. Im Jahre 1991 war das Bild an das Kölner Wallraf-Richartz-Museum ausgeliehen worden. Weil es dem Fürsten Hans Adam II. von Liechtenstein gehört (es war der Familie Liechtenstein 1945 aufgrund der Beneš-Dekrete geraubt worden) hatte es der Fürst beschlagnahmen lassen. Seit vergangenen Juni weiß auch Hans Adam II., daß Recht nicht Recht bleiben muß: Die deutschen Gerichte haben nämlich entschieden, daß die Klage des Fürsten auf Rückgabe unzulässig sei. Das ausgeliehene Bild müsse dem Denkmalmant von Brunn zurückgegeben werden. Anfang September trat das Gemälde die Reise zu seinem unrechtmäßigen Besitzer an

Die FPÖ ist ungeachtet der Kritik dennoch zufrieden: „Ich bin sehr froh und sehr viele Sudetendeutsche und deren Familien wohl auch, daß mit den Aussagen Jörg Haider jetzt endlich auch die Frage der Entschädigung für Sudetendeutsche und Altösterreicher breit in Diskussion gestellt wird.“

Beneš-Dekrete in „Zur Sache“: SLÖ begrüßt Klima-Aussage

Die Chefs der fünf im österreichischen Nationalrats vertretenen Parteien werden alljährlich in den Sommermonaten vom ORF zu ausführlichen Gesprächen eingeladen. Dieses Mal liefen die fünf Gesprächsrunden unter dem Titel „Zur Sache Spezial“. Und obwohl es dabei zumeist in erster Linie um die tagesaktuellen Streitthemen geht, kam heuer gleich in zwei der fünf Gespräche die sudetendeutsche Frage aufs Tapet. Mitte August war FPÖ-Chef Jörg Haider an der Reihe: Er erklärte, daß für ihn ein EU-Beitritt Tschechiens nicht in Frage komme, solange die Beneš-Dekrete nicht aufgehoben seien. Havels Ex-Kanzler Schwarzenberg konnte das heikle Thema freilich einfach abschmettern, indem er erklärte, die Beneš-Dekrete seien ohnehin faktisch längst aufgehoben. Diskussionsleiter Robert Hochner schien dieses Thema ohnehin eher überflüssig, so daß er nicht auf eine Klarstellung drängte. Beim nicht mit der Sache vertrauten Zuseher blieb der Eindruck: Was will Haider eigentlich, die Beneš-Dekrete gibt es ja

eh gar nicht mehr. Ende August wurde Bundeskanzler Viktor Klima in „Zur Sache Spezial“ vom Europaabgeordneten Otto Habsburg an die Unvereinbarkeit der Beneš-Dekrete mit den EU-Prinzipien erinnert. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) begrüßte die Reaktion Klimas, der wörtlich gesagt hatte: „Wir sind der Meinung, und ich sage das klar – so ähnlich wie unser Nachbarland Deutschland –, daß es hier noch Verbesserungsbedarf gibt“. Die SLÖ fordert nun von der österreichischen EU-Präsidenschaft, daß sie die berechtigten Einwände der Vertriebenen in der Frage der EU-Erweiterung beachtet und „mit ganzem Gewicht vertritt“.

Die 160.000 von der SLÖ vertretenen österreichischen Staatsbürger seien grundsätzlich für eine EU-Ost-Erweiterung, die neue europäische Staatengemeinschaft könne aber „nicht auf dem Unrecht der Vergangenheit gegründet werden, wenn ein friedliches Zusammenleben der Nationen gesichert werden soll“.

FPÖ-Graf: Mit Beneš-Dekreten kein EU-Beitritt Tschechiens

Hinsichtlich der geplanten Osterweiterung der Europäischen Union sprach sich der freiheitliche Vertriebenensprecher, Nationalratsabgeordneter Martin Graf, einmal mehr für die Aufhebung der in Tschechien bestehenden Beneš-Dekrete aus.

Solange diese menschenrechtswidrigen Dekrete noch Gültigkeit haben, kann es keinen Beitritt Tschechiens zur EU geben. Graf spricht hierbei von der „Mißachtung geltender Menschenrechte“ und vermißt in der Einstellung Tschechiens zu den hunderttausend Opfern und dreieinhalb Millionen Heimatvertriebenen die erforderliche Europareife. Weiters warnt Graf davor, daß Zweideutigkeiten in der Beurteilung von Opfern und Tätern für die nachbarschaftlichen Beziehungen langfristig nicht gerade dienlich seien.

Im Rahmen eines gemeinsamen Europas muß ein Wille zur Versöhnung vorhanden sein. Ob ein solcher Wille in Tschechien vorhanden ist, sei doch mehr als fraglich, so Graf weiter.

Hier besteht für die österreichische Bundesregierung Handlungsbedarf. Stellvertretend für die zwischen den Jahren 1938 und 1948 brutal aus der Heimat vertriebenen Österreicher muß mit Nachdruck deponiert werden, daß Österreich der Aufnahme von jenen Staaten, in denen Heimat- und Menschenrechte in der Judikatur mit Füßen getreten werden, in die Europäische Union ablehnend gegenüberstehe.

Bei der gegenwärtigen Diskussion über die Entschädigung von Holocaust-Opfern darf auch auf die den ethnischen Säuberungen zum Opfer gefallenen vertriebenen Sudetendeutschen nicht vergessen werden. Nationalratsabgeordneter Graf erwartet von der österreichischen Bundesregierung eine Aktivität in diese Richtung und weist darauf hin, daß Recht und Gerechtigkeit unteilbar sind. Bei der Aufnahme Tschechiens in die Europäische Union dürfe kein Weg an der Aufhebung der Beneš-Dekrete vorbeiführen.

Die Restitution jüdischen Eigentums wird auch in Österreich zum Thema des Jahres: Die Erben machen mobil

Genau Summen werden noch nicht genannt. Aber insgesamt geht es um einen dreistelligen Milliardenbetrag in Schilling. Raubgold, Zwangsarbeit, Arierisierungen, verlorene Bankguthaben und Lebensversicherungen – die Folgen der nationalsozialistischen Verbrechen werden auch in Österreich neu aufgerollt. Betrieben wird die Wiedergutmachungskampagne nicht nur von den unmittelbaren Opfern, sondern immer mehr auch von deren Erben. Die Sudetendeutschen sind gut beraten, genau zu verfolgen, wie Österreich mit dem Problem umgehen wird.

Ariel Muzicant gehört nicht mehr zur Erlebniss- generation. Der 46jährige Immobilienmakler ist seit einem Jahr Präsident der jüdischen B'nai-B'rith-Vereinigung und steht seit fünf Monaten auch an der Spitze der Israelitischen Kultus- gemeinde in Wien. Den Holocaust kennt der 1952 in Haifa geborene Muzicant nur aus den Erzäh- lungen der Opfer. Er steht sozusagen für die Generation der Erben, die heute mit aller Vehemenz nicht nur in Österreich, sondern quasi weltweit, um ihr durch die Folgen der Nazi-Herr- schaft auf die eine oder andere Weise verlorenes Erbe kämpft. In Österreich hat Muzicant bereits die Auseinandersetzung mit einem be- sonders dunklen Kapitel, der sogenannten Ari- sierung, erreicht. Eine Historikerkommission soll prüfen, was jüdischen Eigentümern im Zuge der Arierisierung alles weggenommen und was nach dem Krieg nicht zurückgegeben wurde. Dabei geht es natürlich nicht nur um die Erweiterung des historischen Wissenstandes. Die Historiker- kommission wird vielmehr die Grundlage für Restitutionsforderungen bilden. Zunächst müsse festgestellt werden, „ob man österrei- chischen Juden etwas gestohlen hat oder nicht. Ob man österreichischen Juden das widerrechtlich nicht zurückgegeben hat. Und dann kann es darum gehen, ob man deren Erben, wenn es so sein sollte, etwas gibt“, sagte Muzicant kürzlich in einem „Standard“-Interview. Weil es dabei um Milliardenbeträge gehen wird, ist sich Muzicant voll der Tatsache bewußt, daß die Angelegen- heit „politisch explosiv“ ist. Deshalb will er die Frage der Rückgabe erst thematisieren, wenn die Historikerkommission ihre Ergebnisse vor- gelegt hat.

482 Milliarden Schilling Vermögensverlust

Der Vizepräsident der Israelitischen Kultus- gemeinde, Paul Grosz, nannte in einem Interview mit dem „Neuen Volksblatt“ aber auch schon Zahlen, welche die Dimension ungefähr erah- nen lassen: Die Kultusgemeinde habe 1953 eine – übrigens die einzige – Untersuchung über alle Vermögensverschiebungen und Wert- verluste infolge der Nazi-Herrschaft durch- führen lassen. Damals kam man auf einen Betrag von dreieinhalb Milliarden US-Dollar. Zum seinerzeitigen Dollar-Kurs waren dies rund 91 Milliarden Schilling. Das „Volksblatt“ ließ die Österreichische Nationalbank diese Summe auf den heutigen Wert hochrechnen: 482 Milliarden Schilling (rund 70 Milliarden Mark). Nur ein Bruchteil der in dieser Summe enthaltenen Ver- mögenswerte sei restituiert worden, sagt Paul Grosz.

Vertriebene mußten Eigentum „verschenken“

Anders als etwa bei der Enteignung suden- tendeutschen Vermögens, wo die Beneš-Dekre-

te klipp und klar sagten, den Deutschen und Magyaren wird alles entschädigungslos wegge- nommen (und natürlich nicht mehr zurückgege- ben), ist es im Fall des verlorenen jüdischen Eigentums nicht immer so klar gelaufen. Das Beispiel der von den Nazis zur Emigration gezwungenen Wiener Bankiersfamilie Meyer von Rothschild zeigt, wie auch der österreichi- sche Staat an den Arierisierungen mitnaschte: Die Behörden erteilten den Vertriebenen die Geneh- migung für eine Ausfuhr ihrer Kunstsammlun- gen nur unter der Bedingung, daß sie einen Teil dem Staat überließen. Schenkungen beziehungsweise Widmungen nannte man das. Die Betroffenen wußten natürlich: Wenn sie nicht einen Teil ihres Eigentums verschenkten, wür- den sie gar nichts bekommen. Der Effekt: In öffentlichen österreichischen Kunstsammlun- gen befinden sich heute 225 Kunstobjekte aus dem Besitz der Rothschilds. Allein im Kunsthi- storischen Museum werden sechs Prozent der Objekte aus der Zeit zwischen 1938 und 1945 als „bedenklich“ eingestuft, was die Eigentums- verhältnisse anlangt. Da es sich aber um Schenkungen und Widmungen handelt, ist zwar moralisch alles klar, weil jeder weiß, daß es sich nicht um Schenkung aus freiem Antrieb handel- te, aber juristisch ist es nicht so einfach. Es muß nachgewiesen werden, daß die Kunstobjekte tatsächlich abgepreßt wurden. Neu entdeckte Akten scheinen den Nachweis dafür zumindest in einem Teil der Fälle zu liefern.

Die Strategie von Ariel Muzicant zielt aber gar nicht in erster Linie auf den Rechtsweg. Ihm schwebt vielmehr eine Fortsetzung des Weges vor, den Österreich mit der Errichtung des Nationalfonds für Nazi-Opfer schon eingeschla- gen hat. Muzicant: „Wir würden es vorziehen, auf diesem Weg weiterzutun.“ Sollte das nicht klappen, drohen aber schon Klagen. Die Dro- hung formuliert zwar nicht Muzicant, aber er verweist darauf, daß Klagen von „ausländi- schen Organisationen“ kommen könnten. Muzi- cant im „Standard“: „Die rechnen das hoch und verlangen das Doppelte, damit sie die Hälfte bekommen.“

Der politische Druck zahlt sich aus. Die Politik kommt in Bewegung.

Ab Oktober Rückgabe von Raubkultur

Der Entwurf für ein „Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus öster- reichischen Bundesmuseen und Sammlungen“ liegt bereits vor.

Diesem zufolge werden auch die streng juris- tisch betrachtet „ordnungsgemäßen Erwerbun- gen“ der Nachkriegszeit – also die besagten „Geschenke“ und „Widmungen“ – zurückgeben. Im Kunsthistorischen Museum stellt man sich schon schweren Herzens auf die Verabschie- dung einiger Kulturschätze ein: Generaldirektor Wilfried Seipel befürwortet die Rückgabe von Kunstwerken, die auf „moralisch bedenkliche“ Weise erworben wurden. Seipel erwartet, daß das Gesetz im Oktober das Parlament passie- ren wird und das Museum somit noch in diesem Jahr mit den Rückstellungen beginnen könnte. Bis Jahresende könnte so diese Angelegenheit abgeschlossen sein.

Es bedarf also tatsächlich nicht immer einer Klage, damit Bewegung in Restitutionsfragen kommt. Und wie man sieht: Selbst dort, wo rein juristisch alles seine Ordnung zu haben schien,

läßt sich Gerechtigkeit durchsetzen, wenn das Recht nur zu Verschleierung von Unrecht miß- braucht wurde.

Zwangsarbeiter fordern knapp eine Milliarde

Ohne Klage will auch Karol Gawlowski durch- kommen. Der Vizepräsident der „Vereinigung der durch das Dritte Reich geschädigten Polen“ hat sich Ende September zum Besuch in Wien angesagt. Er wird eine Liste mit 300 österreichi- schen Firmen im Reisegepäck haben, die während der Nazi-Zeit polnische Zwangsarbei- ter beschäftigt haben. Auch Gawlowski plädier- te im „Neuen Volksblatt“ für eine außergerichtli- che Einigung: Für die von seiner Organisation vertretenen 20.000 noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter sowie für 5000 Kriegsgefange- ne und 2000 KZ-Insassen fordert er einen Durchschnittsbetrag von 35.000 Schilling (fünf- tausend Mark) pro Kopf. Macht in Summe: 945 Millionen Schilling. Gawlowski drängt – nicht zuletzt wegen des hohen Alters seiner Schütz- linge – auf eine rasche Lösung: „Uns ist es lie- ber, 35.000 Schilling pro Kopf zu bekommen, als 15.000 Mark vor Gericht zu gewinnen“. Denn: Ein Prozeß würde sich wahrscheinlich viele Jahre hinziehen.

Die österreichische Bundesregierung will sich aus dieser Angelegenheit aber eher heraushal- ten. Bundeskanzler Viktor Klima erklärte, daß Österreich zwischen 1938 und 1945 gar nicht existiert habe. Da aber nicht nur die Polen, son- dern auch in den USA lebende, von einer star- ken Lobby vertretene, ehemalige Zwangsarbei- ter schon ihre Forderungen angemeldet haben, muß stark bezweifelt werden, daß Österreich dem zu erwartenden politischen Druck wider- stehen können wird.

Paul Grosz: Wir lehnen jedes Unrecht ab!

Nur am Rande kommt in dieser intensiven Diskussion jener Teilaspekt vor, der sich für die

Sudetendeutschen natürlich aufdrängen muß: Das Recht auf Restitution als allgemein – also auch für die sudetendeutschen Vertriebenen – gültiges Prinzip. Daß viele dieser Menschen angesichts der Abschmetterung ihrer Forderun- gen von großem Unmut ergriffen werden, dafür hat auch der Vizepräsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Paul Grosz, Verständnis: „Sicher kann ich das verstehen, sagte er im „Volksblatt“-Interview, „jedes Unrecht, das sozu- sagen inhärent Unschuldigen bereitet wurde, lehnen wir ab.“

Freilich: Es wäre wohl etwas zuviel verlangt, wollte man von der Kultusgemeinde die Vertre- tung sudetendeutscher Interessen verlangen. Sie vertritt die Anliegen ihrer Angehörigen offen- sichtlich äußerst effizient. Beneidenswert effi- zient!

Generali mit Fall eines Sudetendeutschen konfrontiert

Übrigens: Die „Sudetendpost“ hat gemeinsam mit dem „Neuen Volksblatt“ den Versicherungs- konzern mit dem Fall des gebürtigen Nikolsbur- gers Reiner Elsinger konfrontiert, dessen Eltern (wie in der letzten Ausgabe der „Sudetendpost“ ausführlich berichtet) eine Lebensversicherung abgeschlossen und nach dem Krieg in Linz auch noch die letzte fällige Prämie eingezahlt, aber dann nichts mehr bekommen hatten. Die Generali-Zentrale in Wien leitete den Fall sofort an die italienische Konzernmutter weiter, die sich im Streit um Lebensversicherungen von Holocaust-Opfern bereits zu Entschädigungs- zahlungen in Höhe von 100 Millionen Dollar bereit erklärt hat.

Man wird sehen, ob gleiches Recht auch für sudetendeutsche Vertriebene beziehungsweise Flüchtlinge gilt.

Eine Stellungnahme der Generali-Zentrale lag uns bis zum Redaktionsschluß noch nicht vor. Wir hoffen aber, in der nächsten Ausgabe schon darüber berichten zu können.

Scharfe Kritik an der Vertriebenenpolitik Österreichs

Die ablehnende Haltung der deutschen Heim- atvertriebenen in Österreich zur EU-Osterwei- terung werde von der Bundesregierung als störend empfunden. ÖVP und SPÖ verweiger- ten den rund 500.000 in Österreich eingebür- gerten Sudeten- und Volksdeutschen (Altöster- reichern) jede Hilfe, kritisiert der Pressedienst der deutschen Heimatvertriebenen. Menschen- rechtsfragen, insbesondere die Aufhebung der sogenannten Beneš-Dekrete, (der gesetzlichen Grundlage für die ethnischen Säuberungen in der Nachkriegs-Tschechoslowakei: 3,5 Millio- nen Vertriebene, darunter 245.000 Ermordete), werde kein Hindernis für die EU-Osterweiterung

sein, so die lapidare Stellungnahme des Aus- wärtigen Amtes in Wien.

Aktiver Minderheitenschutz für die deutsch- sprachige Bevölkerung (1997: rund 3,8 bis 4,2 Millionen) in Ost- und Südosteuropa sei für Wien kein Thema. Die legitimen Forderungen nach Entschädigung und Heimatrecht gelten nur für die Überlebenden des Holocaust! Öster- reich weigere sich, den Beitritt der Vertreiber- staaten mit Menschenrechts- und Entschädi- gungsfragen in Verbindung zu bringen.

Mehr als 18 Millionen Deutsche und Altöster- reicher, darunter etwa drei Millionen Ermordete, seien für Bonn und Wien kein Thema.

Sudetendeutscher Heimattag 1998

WIEN UND KLOSTERNEUBURG – 25. bis 27. SEPTEMBER

700 Jahre Klosterneuburg, unsere Patenstadt

„MENSCHENRECHTE AUCH FÜR UNS“

Freitag, 25. September, Wien:

18.00 Uhr: Gefallenenehrung und Kranzniederlegung am Heldendenkmal im Äußeren Burgtor

Samstag, 26. September, Wien:

9.00 bis 14.00 Uhr: Böhmerwaldmuseum – Erzgebirger Heimattube, 1030 Wien, Ungar- gasse 3, Parterre

9.00 bis 12.00 Uhr: Nordböhmen-Heimattube, 1080 Wien, Kochgasse 34 / Tür 12

13.00 bis 17.00 Uhr: TAG DER OFFENEN TÜR mit verschiedensten Informationen über unsere Schicksalsheimat Böhmen – Mähren – Schlesien, „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25., 2. Stg., 2. OG.

Sonntag, 27. September, Klosterneuburg:

10.00 bis 13.00 Uhr: Mährisch-schlesisches Heimatmuseum, Rostockvilla, „Stadt und Stift Klosterneuburg und die Länder der Böhmisches Krone“

12.00 Uhr: Eröffnung der Ausstellungen im Foyer der Babenbergerhalle, Bücher und Doku- mentationen über Sudetendeutsche und andere altösterreichische Volksgruppen (Buch- handlung Hasbach)

13.00 Uhr: Festgottesdienst in der Stiftskirche mit Regionalvikar Pater Jordan Fenzl OSA, Geistlicher Rat

14.00 Uhr: Fest- und Trachtenzug vom Rathausplatz zur Gedenkfeier auf dem Sudetendeut- schen Platz

15.00 bis 18.00 Uhr: Großes Heimattreffen in der Babenbergerhalle

Es spricht unser Landsmann Dr. Herbert Fleissner, Geschäftsführer des Sudetendeutschen Rates

Grußworte: des Bürgermeisters und der politischen Repräsentanten

Anreise: Autobus- und S-Bahnverkehr ab Endstelle U4 und U6 Heiligenstadt. Von 12.00 bis 13.30 Uhr Pendeldienst mit dem Kleinbus der SDJÖ zum Nulltarif vom Bahnhof Klosterneu- burg-Kierling zur Babenbergerhalle

Eigentumsrecht bleibt in der Diskussion

Seit Jahren versuchen deutsche und tschechische Politikerkollegen – die untereinander oft mehr an „Klasseninteressen“ verbindet als mit den wohlverstandenen Anliegen ihrer Völker – die ungelöste Frage des den Vertriebenen geraubten Eigentums mit Leerformeln hinwegzureden. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Eröffnungsansprache des früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch (SPD), zur Ausstellung „Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen“ in Straßburg, wo er kurzerhand behauptete: „Es geht nicht um Entschädigung, nicht um Erneuerung eines Anspruchs“. Die Opfer der Entrechtung, Enteignung und Vertreibung finden sich jedoch weiterhin nicht mit ihrer Diskriminierung ab. So hat BdV-Präsidentin Steinbach in einem Pressegespräch des Deutschlandfunks die an sie gerichtete Frage, ob der „materielle Teil“ der Verbandsforderung nicht obsolet sei, ausdrücklich verneint (DOD Nr. 33 vom 14. 8. 98, S. 3).

Mit erfreulicher Klarheit in dieser teils auch von landsmannschaftlichen Funktionsträgern vorsichtig umschiffen Problematik hat jetzt der Landesverband Rheinland-Pfalz des BdV eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der es heißt:

„Vertriebene fordern: Eigentumsfragen müssen geklärt werden!

Wir Vertriebenen fordern Polen und Tschechien auf, noch vor dem Beitritt zur EU und NATO alles zu tun, damit sie ohne schlechtes Gewissen in die Wertegemeinschaft Europa eintreten

können. Polen und Tschechien sind noch nicht reif für einen Beitritt. Wir Heimatvertriebenen verlangen mit aller Deutlichkeit, daß beide Staaten die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, damit wir in unsere Heimat zu unseren Wurzeln zurückkehren, unser Eigentum zurückerhalten oder Entschädigung verlangen können.

Wir warten auf Signale zur Überwindung des Vertriebenenunrechts.

Das Vertriebenenunrecht verjährt nicht! Und das Eigentumsrecht ist ein Menschenrecht, über das kein Staat dieser Erde verfügen kann.

Wir Deutschen können nicht von der Türkei oder China die Menschenrechte einfordern, solange wir die Menschenrechte der vertriebenen Deutschen ignorieren.“

Der BdV Rheinland-Pfalz bringt damit zum Ausdruck, was seit jeher ein wittikonisches Anliegen ist. Wenngleich die Wiedergutmachung des an den Ostdeutschen begangenen Großverbrechens natürlich nicht auf privatrechtliche Ansprüche reduziert werden kann, so ist hier doch ein Punkt angesprochen, an dem sich die behauptete Rechtsstaatlichkeit der Vertriebenenstaaten zunächst zu beweisen hat. Das seiner freien Ausübung harrende Selbstbestimmungsrecht bleibt im übrigen davon unberührt.

Welche internationalen Verwicklungen die Bonner Republik aufgrund ihrer „aktiven Untätigkeit“ in dieser Frage zu gewärtigen hat, zeigt das Vorgehen des regierenden Fürsten Hans Adam II. von Liechtenstein, der Men-

schenrechtsbeschwerde gegen die Bundesrepublik eingereicht hat. Der Fürst hatte ein Ölgemälde aus dem Besitz seines Hauses, das aufgrund der Beneš-Dekrete 1945 konfisziert worden war und 1991 in Köln ausgestellt wurde, dort per einstweiliger Verfügung beschlagnahmen lassen, mußte aber erleben, daß seine Klage von deutschen Gerichten abgeschmettert wurde. Jetzt erhebt er den Vorwurf, daß die Eigenstaatlichkeit Liechtensteins mißachtet worden sei. Deutsche Richter, die geglaubt haben sollen, über ausländische Rechtsansprüche ebenso hinweggehen zu können wie über diejenigen bundesdeutscher Bürger, werden sich eines besseren belehren lassen müssen.

Außerhalb offizieller Stellen regen sich unterdessen Initiativen, die mit größerer Ungeduld tätig werden. Uns erreichte der Aufruf einer „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e. V.“ (Vorsitzender Georg Paletta, Am Einsiedel 34, 91785 Pleinfeld) zur Demonstration in Berlin am 3. Oktober 1998, ab 10 Uhr. Auf der vom Polizeipräsidenten genehmigten Veranstaltung wollen die Teilnehmer unter dem Motto „Recht auf Heimat“ vom Alexanderplatz über die Karl-Marx-Allee zum Platz der Vereinten Nationen ziehen, wo eine Abschlußkundgebung stattfinden soll. In einem Aufruf heißt es: „Deutsche Patrioten und Vertriebene demonstrieren gegen die Verzichtspolitik Bonner Politiker.“ Nach Angaben der Ver-

anstalter wird der Aufruf von der Sudetendeutschen Rückkehr e. V., der Notverwaltung des Deutschen Ostens, dem Christlich-Konservativen Deutschland-Forum, dem Heimatkreis Mies-Pilsen e. V., der Deutschen Liga für Volk und Heimat und dem Captive Nations Committee in New York sowie vier weiteren Vereinigungen unterstützt.

In Aktionen wie dieser kommt eine Unzufriedenheit an der Politik der großen Vertriebenenverbände zum Ausdruck, die dieser nur durch vermehrtes eigenes Engagement werden begegnen können. Die Spannung steigt bedenklich! Zunehmend gehen unserer Geschäftsstelle Briefe von Landsleuten zu, die auch harsche Kritik an der SL-Führung äußern. (So heißt es im Schreiben eines promovierten Historikers: „Aus falsch verstandener Parteidisziplin und jetzt aus wahltaktischen Gründen wird kontraproduktiv einer der Fraktionen der ‚westdeutschen Einheitspartei‘ CDU/CSU/F.D.P./SPD zur Fortführung ihrer allen deutschen Interessen zuwiderlaufenden Politik Unterstützung gewährt und werden ihnen die Vertriebenen als ‚Stimmvieh‘ zugetrieben.“ Wir registrieren mit Besorgnis diese Stimmen, die sich über die Wahl hinaus anhalten werden, da ja die Verhöhnungserklärung fortwirkt. Nur durch rechtzeitiges Aufgreifen konstruktiver Kritik kann die SL-Führung eine nicht wünschbare Eskalation vermeiden.

Friedrich v. Lodenitz
(Aus: Wittiko-Brief)

Tagung der Heimatlandschaft Altvater am Heiligenhof Oberste Priorität: Vermögensrestitution!

Die Heimatlandschaft Altvater mit ihrem Vorsitzenden Roland Schnürch war wiederum traditionell Gastgeber am Heiligenhof für ein Dutzend Vorstandsmitglieder des Verbandes der Deutschen Nordmähren – Adlergebirge und des Schlesisch-Deutschen Verbandes, die mit Walter Sitte und Hans Korbel an der Spitze erschienen waren.

Zu Tagungsbeginn las Eleonora Bolter aus ihrem Jägerndorfer Vertreibungsbuch, das inzwischen dank privater Spenden und durch die Heimatlandschaft Altvater sowie den BdV Nordrhein-Westfalen auch in einer tschechischen Auflage vorliegt. Es wird kostenlos verteilt, um dem Tabudenken in der Tschechischen Republik entgegenzuwirken. Georg Brylka, Mitglied des Zentralrates der Deutschen in Polen, berichtete über die aktuelle Lage in Oberschlesien und präziserte Versäumnisse der bundesdeutschen Politik. Felix Seebauer, Chefredakteur des in neuem Gewand erscheinenden „Prager Wochenblattes“, behandelte die Lage in der Tschechischen Republik. Breiten Raum nahm eine Analyse unserer landsmannschaftlichen Zielsetzungen ein, die Dr. Franz Buchmann, SL-Landesobmann von Hamburg, mittels Metaplantchnik vornahm.

Rosemarie Kretschmer, stellvertretende Bundesfrauenreferentin, berichtete mit Bundesversammlungsmittglied Karl Rotter über ein dem tschechischen Fernsehen gegebenes gemeinsames Interview, das besonders den Eigentumsansprüchen gewidmet war. Georg Rolke, Heimatkreisbetreuer von Freiwaldau, der die Heimatlandschaft im Juni bei einem von Walter

Sitte ausgerichteten großen Volkstumsnachmittag in Freiwaldau vertreten hatte, sprach bedenkliche Entwicklungen in deutsch-tschechischen Städte- und Kreispartnerschaften an.

Schwerpunkt der Schlußausprache war die weiterhin besorgniserregende Lage unserer Landsleute in der Heimat, die sich besonders in der bisher verweigerten Vermögensrestitution widerspiegelt. Landschaftsbetreuer Roland

Schnürch hat die Meinungsbildung der Tagung inzwischen in einem Schreiben an EU-Kommissionspräsident Jacques Santer umgesetzt: Nicht nur die Aufhebung der Beneš-Dekrete, sondern eine vorrangige Vermögensrestitution an die in der Heimat lebenden Deutschen innerhalb einer Wiedergutmachung der Vertreibung sind Voraussetzung eines EU-Beitritts der Tschechischen Republik. Roland Schnürch



Tagung der Heimatlandschaft Altvater am Heiligenhof.

Neuer Prozeß gegen Sladek: „Zuwenig Deutsche umgebracht...“

Der Chef der bei den jüngsten Wahlen aus dem tschechischen Parlament geflogenen rechtsextremen Republikaner, Miroslav Sladek, muß sich jetzt noch einmal wegen seines skandalösen Ausspruches am Rande des Kohl-Besuches in Prag im Jänner des Jahres 1997 vor Gericht verantworten: „Wir können nur bedauern, daß wir zuwenig Deutsche umgebracht haben“, hatte Sladek gesagt und war dafür wegen Volksverhetzung angeklagt worden. Im vergangenen Jänner war er jedoch von einem Prager Gericht freigesprochen worden.

Der Richter befand nämlich, daß Sladeks Ausfälligkeit eine „zulässige Meinungsäußerung“ gewesen sei. Nicht nur in Deutschland, auch in der Tschechischen Republik hatte es

gegen das Urteil heftige Proteste gegeben. Ende August entschied nun eine übergeordnete Instanz, daß das Verfahren gegen Sladek neu aufgerollt werde. „Es scheint, als würde die Rechtsstaatlichkeit in der Vertriebenenfrage Einkehr halten in der Tschechischen Republik“, freute sich der FPÖ-Abgeordnete Martin Graf über dieses „Signal, daß auch in Tschechien der Rassismus gegen Vertriebene gehandelt werde“.

Freilich, ganz soweit ist es noch nicht. Der Prozeß gegen Sladek wird nicht etwa wegen des von vielen als Skandal empfundenen Urteils neu aufgerollt. Die Begründung für den neuen Prozeß ist nämlich der Verdacht auf einen Verfahrensfehler. Wann der Prozeß stattfinden wird, ist bislang nicht bekannt.

Gedenken an die heilige Hedwig

Zum Todestag der Herzogin von Schlesien wird ein Priester aus unserer schlesischen Heimat mit uns am Sonntag, dem 11. Oktober 1998, um 10.30 Uhr, den Gottesdienst am Leopoldsberg feiern.

Allen, denen die Landespatronin von Schlesien, die heilige Hedwig, noch etwas bedeutet, sind herzlich dazu eingeladen. – Trachten sind erwünscht.

Die Vereinsleitung des Humanitären Vereins von Österreichern aus Schlesien in Wien.

Seminare auf Burg Hohenberg

18. bis 23. Oktober 1998:

Thema: Regionen, Kulturen, Völker. Kulturregionen in Ostmitteleuropa, ihre Traditionen und regionale Wiederbesinnung. Unterkunft und Verpflegung: frei. Teilnehmerbeitrag: DM 50,-.

25. bis 30. Oktober 1998:

Thema: Wissenschaft im Wandel. Die Bewertung der Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht nach 1989. Unterkunft und Verpflegung: frei. Teilnehmerbeitrag: DM 50,-.

8. bis 13. November 1998:

Thema: Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa und die Belange der Vertriebenen. Unterkunft und Verpflegung: frei. Teilnehmerbeitrag: DM 50,-.

22. bis 27. November 1998:

Thema: Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn auf dem Weg in ein vereintes Europa. Unterkunft und Verpflegung: frei. Teilnehmerbeitrag: DM 50,-.

29. November bis 4. Dezember 1998:

Thema: Die Osterweiterung der EU. Chancen und Risiken für die Vertriebenen. Unterkunft und Verpflegung: frei. Teilnehmerbeitrag: DM 120,-.

Die Unterbringung erfolgt jeweils in Zwei- und Dreibettzimmern, die Fahrtkosten gehen zu Lasten der Teilnehmer.

Anmeldungen richten Sie bitte an die: Grenzlandbildungsstätte Burg Hohenberg, Postfach 24, D-95691 Hohenberg / Eger, Tel. (aus Österreich): 0049-9233-77 2 60, Fax: 0049-9233-77 26 11.

Dr. Ilse Tielsch ist Eichendorff- Literaturpreisträgerin

Im Rahmen der 48. Wangener Gespräche in Wangen im Allgäu, vom 24. bis 27. September 1998, mit dem Leitsatz „Wegmarken“, wird unserer in Wien schaffenden südmährischen Landsmännin Ilse Tielsch der Eichendorff-Literaturpreis 1998 überreicht.

Die Überreichung dieser hohen Auszeichnung findet am Sonntag, dem 27. September, um 10.30 Uhr, in der Bibliothek des Kornhauses statt.

Anschließend liest die Preisträgerin aus ihren Werken.

Herzliche Glückwünsche!

175. Geburtstag des Bauernbefreiers Hans Kudlich

Am 25. Oktober 1998 jährt sich der Geburtstag von Dr. Hans Kudlich zum 175. Mal und zum 150. Mal die Tat, die ihm in der Geschichte den Titel eines Bauernbefreiers einbrachte. Er hatte nämlich am 24. Juli 1848, als damals jüngster Abgeordneter des Österreichischen Reichstages, des ersten frei gewählten Parlaments der Donaumonarchie, den Antrag auf Befreiung der Bauern von Zehent, Robot und allen Untertänigkeitsverhältnissen gestellt.

Sein berühmter Antrag lautete: „Die hohe Reichsversammlung möge erklären: Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei.“

Am 29. August 1848 wurde das Grundentlastungsgesetz, das auf Kudlichs ursprünglichen Antrag zurückging und das er als „Bauernbefreiungsgesetz“ bezeichnete, in einer vom Abgeordneten v. Lasser veränderten Fassung verabschiedet und am 7. September 1848 verkündet. Bereits am 9. September 1848 wurde es von Kaiser Ferdinand I. sanktioniert. Durch Patent von Kaiser Franz Joseph I. vom 4. März 1849 wurde dann dessen Durchführung und Umsetzung in die Wege geleitet. Es blieb das erste und einzige Reformwerk, das der Wiener Reichstag beschloß und das auf Dauer Bestand hatte. Der auf die gescheiterte Oktoberrevolution in Wien folgende neoabsolutistische Staat wagte nicht daran zu rühren.

Wenn davon ausgegangen wird, daß von den damals rund 17,5 Millionen Bewohnern in Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Tirol, Vorarlberg und in der Steiermark, in Illyrien, Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien sowie in Galizien mit der Bukowina zwei Drittel der Landbevölkerung angehörten und diese einen ebenso großen Anteil am landwirtschaftlichen Boden besaßen, dann kam die Bauernbefreiung 11,7 Millionen Landvolkangehörigen aller Nationalitäten der Donaumonarchie mit rund 17 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche zugute. Mittelbar profitierten nämlich auch die bäuerlichen Familienangehörigen und das Gesinde von diesem Reformwerk.

Hans Kudlich wurde 1823 als jüngstes von acht Kindern und als dritter Sohn eines wohlhabenden, aber robotpflichtigen Bauern geboren.

Zweitage-Bergtour zur Sudetendeutschen Hütte

Im Ablauf unserer landsmannschaftlichen Aktivitäten hat bei der Jugendgruppe und Landsmannschaft die alljährliche Zweitage-Bergtour noch immer die gleiche Zugkraft und Beliebtheit. Der diesjährige Bergausflug, durchgeführt am 29. und 30. August 1998, führte uns wieder nach Osttirol in die Nähe des Großglockners und hat in seinem Ablauf unserer verschiedenartigen sechsendvierzigköpfigen Mannschaft schon einiges geboten. Wir hatten wieder unglaubliches Wetterglück, denn zwei Tage vorher regnete es ja in Strömen, so daß erstmalig nun unsere 22. Bergtour eventuell eine Tages-tour werden hätte können. Die altersmäßige Zusammensetzung war zwei Drittel unter fünfzig Jahren, und es ist erstaunlich, welche körperlichen Leistungen von Kindern erbracht werden. Es gab auch keine Zufälligkeiten, denn alles war drei Wochen früher von Obmann Kutzer und Kassier Karlheinz Klein abgegangen worden und mit den Hüttenwirten abgesprochen. Der Kranzträger für unser Heimatgedenken war diesmal Dipl.-Ing. V. Olip.

Samstag mittag begann nach der Anfahrt von St. Veit a. d. Glan mit dem Abmarsch von der Seilbahnstation Blauspitze die eigentliche Bergtour. Wir teilten uns in vier Gruppen, denn allein die knapp 2600 Meter hohe Blauspitze wurde ja gleich von zwei Seiten bestiegen. Überhaupt wurden noch bei keiner unserer Bergtouren so viele Berggipfel mit Höhen über 3000 Meter bestiegen. Wir benutzten für den knapp vierstündigen Aufstieg zur Sudetendeutschen Hütte den Sudetendeutschen Höhenweg und den Aussig / Teplitzerweg. Den Panoramaweg zur Kals / Matreierhütte (2200 Meter hoch gelegen), benutzten dreizehn Personen unserer Mannschaft.

Wir hatten das Glück, sechs Bergsteiger zu haben, welche alle für Führungstouren geeignet sind. Am Hohen Tor trafen wir uns wieder und weiter ging es auf dem wunderschönen sude-

Sein Geburtsort Lobenstein (heute Uvalno / Tschechische: Republik) lag in Österreichisch-Schlesien, im kleinsten Kronland der Donaumonarchie, zwischen Jägerndorf und Troppau, am Grenzfluß zu Preußisch-Schlesien, der Oppa. Der Grundherr war der Fürst von Liechtenstein.

Mit elf Jahren besuchte Hans Kudlich das Troppauer Gymnasium, an dem zur selben Zeit auch der ein Jahr ältere spätere Entdecker der Vererbungslehre, Gregor Mendel, seine schulische Ausbildung erhielt. Mit 17 Jahren erhielt er das Reifezeugnis und konnte mit Erlaubnis der Liechtensteinschen Herrschaft in Wien Philosophie und später Rechtswissenschaften studieren. Es war die Hoch-Zeit des Metternichschen Überwachungsstaates, aber auch die Zeit des aufbrechenden Liberalismus.

Als Sohn eines robotpflichtigen Bauern hatte er neben der Durchsetzung der demokratischen Freiheits- und Verfassungsrechte schon sehr früh und sehr konkret die Abschaffung der bäuerlichen Erbuntertänigkeit und Robotpflicht im Auge.

Am 13. März 1848 nahm er in Wien an der berühmten Demonstration vor dem niederösterreichischen Landhaus teil, in dessen Innenhof heute eine Gedenktafel an ihn erinnert. Das war der Beginn der März-Revolution und eine Initiativ-Zündung für weitere Volkserhebungen in Deutschland. Bei der Auflösung der Demonstration durch das Militär erhielt Kudlich einen Bajonettstich in die rechte Hand. Er galt nun als Märtyrer für die Freiheit. Er verließ Wien, um sich daheim gesundpflegen zu lassen und geriet dort in die aktive Politik, nämlich in die Vorbereitung der Wahl des Österreichischen Reichstages. Am 24. Juli 1848 wurde er im Wahlkreis Bennisch mit den Stimmen der tschechischen Bauern, deren bäuerlicher Kandidat sich vor einer Stichwahl zurückgezogen hatte, in den Reichstag gewählt.

Schon einen Monat nach Verabschiedung des von ihm initiierten „Bauernbefreiungsgesetzes“ vom 7. September 1848 brach der Wiener Oktoberaufstand aus. Er führte schließlich zu einem Zusammenbruch der Revolution, zu einer Verlegung des Reichstages nach Kremsier und schließlich am 7. März 1849 zu dessen gewaltsamer Auflösung.

tendeutschen Höhenweg bis zur über 2800 Meter hoch gelegenen Dürrenfeldscharte. Ein Teil unserer Truppe bestieg die nicht ganz ungefährliche 3085 Meter hoch gelegene Kendlspitze, welche sich gegenüber dem Großglockner befindet und eine herrliche Aussicht bietet. Von der Scharte sahen wir unsere Hütte, welche nun vergrößert und umgebaut wird.

Die Hütte war zum Bersten voll belegt, doch für uns gab es keine Probleme mit den Schlafplätzen. Unser Vater Putz hat natürlich wieder seine Zither mit heraufgetragen, und der ausgezeichnete Sänger verstand es maßgeblich, einen schönen Hüttenabend zu gestalten. Wir hatten auch ein kurzes Heimatgedenken in der üblichen Form beim Heimatkreuz, doch wurde dieses durch den starken Wind etwas beeinträchtigt.

Ein Teil unserer Mannschaft zog am nächsten Morgen los und bestieg den 3232 Meter hohen Muntanitz bei schönster Fernsicht. Etwas größer war die Gruppe, die auf den 3083 Meter hohen Gradötz aufstieg. Der Rest unserer Mannschaft erstieg den 2820 Meter hohen Glocknerblick am Gradötzgletscher.

Nach dem doch zum Teil steilen und auch stundenlangen Abstieg staunten wir, daß die Kinder noch lustig und ausgelassen waren.

Bei der Rückfahrt zeigte sich das Osttiroler- und Kärntnerland mit landschaftlichen Schönheiten von der besten Seite. Diese Bergtour mit den vielen Möglichkeiten für jedes Können und Wollen war wieder ein voller Erfolg. Es ist nur bedauerlich, daß die St. Veiter Jugendgruppe und Landsmannschaft alleine in dieser Größenordnung diese Bergtouren durchführt. Wohl alle, die an diesem Ausflug teilgenommen haben, sind dankbar, für diese zwei Tage in dieser wunderschönen Bergwelt gewesen zu sein. Diese gelebte Bergkameradschaft und landsmannschaftliche Abstimmung erfüllt uns mit Dankbarkeit. E. K.

Von Kremsier floh Kudlich, wie die meisten Abgeordneten der Linken, aus Österreich. Über Preußisch-Schlesien ging er zuerst zu seinem Bruder Josef Hermann nach Frankfurt am Main – wo dieser Abgeordneter der Ersten Deutschen Nationalversammlung war – und schließlich nach Leipzig, wo er sich allerdings an der Revolution in Sachsen nicht beteiligte. Dann nahm er aktiv am Aufstand in der Pfalz teil und wurde dort Mitglied der provisorischen Staatsregierung. Nach dessen Niederschlagung flüchtete er nach einem kurzen revolutionären Zwischenspiel in Baden und nach dem Zusammenbruch des letzten Widerstandes in Rastatt über Donaueschingen in die Schweiz. Zweimal wurde er danach in „contumaciam“, das heißt in Abwesenheit, zum Tode verurteilt, das erste Mal am 31. Oktober 1851 von der Anklagekammer des königlichen Appellationsgerichtes der Pfalz in Saarbrücken und das zweite Mal am 10. März 1854 vom k.k. Landesgericht in Wien.

Im Haus des aus Gießen stammenden liberalen Professors Wilhelm Vogt in Bern fand er eine erste Aufnahme. Er sattelte um und studierte in Bern und Zürich Medizin. Im März des Jahres 1853 legte er sein Dokorexamen ab, heiratete und wanderte in die Vereinigten Staaten von Nordamerika aus, wo er sich als Arzt in Hoboken / New Jersey niederließ und eine gutgehende Praxis betrieb.

Er wurde bald ein Führer des Deutschtums in Hoboken und New Jersey, half viele deutsche Vereine und Schulen zu gründen und trat für die Antisklavereibewegung und die Wahl Abraham Lincolns ein.

Als 1867 das gegen ihn verhängte Todesurteil in Österreich aufgehoben wurde, kam er 1872 das erste Mal zurück nach Österreich. Er wurde begeistert empfangen. Im Winter des Jahres 1872 / 73 schrieb er in Lobenstein anhand seiner Aufzeichnungen in drei Bänden seine

„Rückblicke und Erinnerungen“ nieder. Auch in den späteren Jahren besuchte er oftmals seine österreichische und sudetendeutsche Heimat. Trotz seiner Heimat-Sehnsucht konnte er sich nicht zu einer dauerhaften Rückkehr entschließen. Dazu hatte er, wie er selbst sagte, zu lange die Freiheitsluft Amerikas geatmet.

In guter körperlicher und auch geistiger Verfassung starb er plötzlich am 11. November 1917 im Alter von 94 Jahren in Hoboken / USA. Der einst jüngste war auch der letzte lebende der 383 Abgeordneten des Ersten Österreichischen Reichstages.

Hans Kudlich ist auf Grund seiner sozialpolitischen Tat, seines völkerverbindenden Lebenswerkes, seiner demokratischen Gesinnung und Toleranz, seiner Weltoffenheit und Heimmattreue eine besondere Symbolfigur für Sudetendeutsche, Österreicher, Tschechen, Polen, Ukrainer und Amerikaner. Jörg Kudlich



Die Österreichische Post gibt zum 175. Jahrestag von Hans Kudlich eine Sonderpostmarke heraus (Ausgabetag: 23. Oktober).

Enthüllung des Hans-Kudlich-Denkmales in Gurk

Im Rahmen des Erntedankfestes wird am Sonntag, dem 20. September 1998, in Gurk die Enthüllung und Segnung des Hans-Kudlich-Denkmales, aus Anlaß der Bauernbefreiung vor 150 Jahren – auch jährt sich sein Geburtstag am 25. Oktober 1998 zum 175. Mal – vorgenommen.

Als Festredner wird der Urgroßneffe von Hans Kudlich, Jörg Kudlich, Sudetendeutsche Landsmannschaft München, fungieren.

Auch für uns Sudetendeutsche in Kärnten ist dies wieder ein Anlaß, nach Gurk zu fahren und dabei zu sein.

Das FESTPROGRAMM für Sonntag, dem 20. September:

9.00 Uhr: Platzkonzert

9.30 Uhr: Festmesse im Dom zu Gurk

Anschließend daran wird die Enthüllung und Segnung des Hans-Kudlich-Gedenkstein vorgenommen.

Ein Festzug wird den Abschluß dieses Festaktes bilden.

Mit diesem Gedenkstein wird wieder eine Persönlichkeit aus dem Sudetenland einen würdigen Platz in Gurk finden.

Gerda Dreier

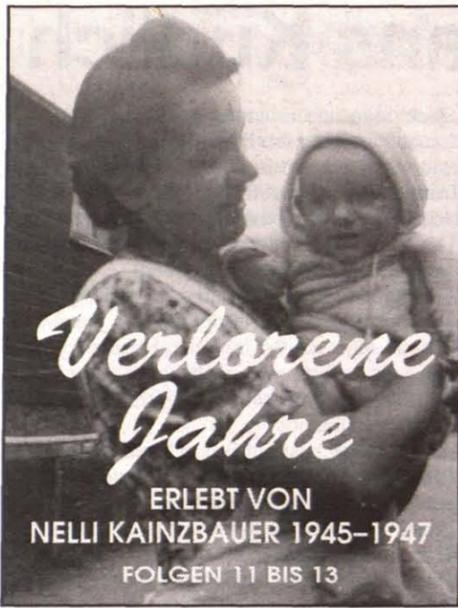
Adieu Landsmannschaft?

Von den heimatvertriebenen Deutschen aus dem Sudetenland hat als erster der Egerländer Heimatkreis Mies-Pilsen e. V. die Fassunglosigkeit überwunden, in welche die Volksgruppe 1997 durch den Verrat der CSU bei der obskuren Bonn – Prager Erklärung gestürzt war. Eine Reihe Mitglieder des Kreisrates dieser Heimatorganisation hat jetzt in einem Schreiben an den Kreisratsvorsitzenden Gerold Fischmann in Dinkelsbühl verlangt, daß eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit dem Ziel einberufen wird, den Verein auch de jure von der Landsmannschaft abzukoppeln. Wie es heißt, sei ein weiteres Verbleiben in der SL, die von der Münchener Regierungspartei unerträglich gegängelt und in ihrem Programm paralytisch werde, mit der Integrität eines aufrechten Sudetendeutschen nicht mehr zu vereinbaren.

Erst kürzlich hatte die Landsmannschaft auf Drängen der CSU sogar den Passus von der „Wiedergewinnung der Heimat“ in der Satzung ersatzlos streichen lassen, obwohl jedem Sudetendeutschen bewußt ist, daß die Landsmannschaft dieser Forderung den größten Teil ihrer Mitglieder verdankt. Es kann daher nicht verwundern, daß bei der schweigenden Mehrheit das böse Wort von „erschlichenen Mitgliedschaften“ die Runde macht, die bei diesem Sachverhalt ohnehin ungültig sein dürften. Ersatzweise ist den an der Nase herumgeführ-

ten Menschen aus dem deutschen Osten aber mit dem „Zentralrat der Vertriebenen“ jetzt ein Auffangbecken erstanden, das Anlaß zu begründeter Hoffnung auf eine korruptionsfreie Vertretung ostdeutscher Interessen gibt.

Die sudetendeutschen Rebellen protestieren gleichzeitig scharf gegen die Mitwirkung der Landsmannschaft bei der Verteilung von Geldern des sogenannten Zukunftsfonds, der mit der die Geschichte klüftenden Bonn-Prager Erklärung ins Leben gerufen worden ist. Weil die sudetendeutschen Opfer der zwanzigjährigen Besetzung ihrer Heimat durch die Tschechen 1918 bis 1938 leer ausgehen, während die tschechischen Opfer der sechsjährigen deutschen Besetzung der Tschechei (!) 1939–1945 noch einmal zusätzlich entschädigt werden sollen. Die Massenmorde an der angestammten deutschen Landesbevölkerung, die einen klaren rassistischen Hintergrund hatten, welche Prag sich 1945/46 zuschulden kommen ließ, sollen nach dieser einseitigen Vergangenheitsbewältigung so ungesühnt bleiben wie der spektakuläre Landraub und die Konfiskation des deutschen Eigentums im Sudetenland. Diese Menschenrechtsverbrechen – horrenden Ausmaßes versucht man an der Moldau mit den kriminellen Beneš-Dekreten zu sanktionieren, mit denen die Tschechen sogar Mitglied in der Europäischen Union werden wollen. Karl H. Schwind



Verlorene Jahre
ERLEBT VON
NELLI KAINZBAUER 1945-1947
FOLGEN 11 BIS 13

Freunde in der Not...

Die notwendigen Dokumente zur
Ausreise nach Österreich

Es waren nicht viele Dokumente, die man benötigte, aber diese zu bekommen, war keine einfache Sache. Eine Bestätigung war von der anderen abhängig und das machte alles so sehr schwierig.

Man brauchte: eine Zuzugs-Genehmigung, diese erhielt man nur, wenn man eine Aufenthaltsgenehmigung vorweisen konnte. Diese wiederum war auf Grund einer Arbeitsbestätigung zu bekommen.

Ferner war noch eine Bestätigung vorzuweisen, daß in Österreich im Falle einer Arbeitsunfähigkeit für den Aussiedlungsbewerber die Haftung übernommen wird und er dem österreichischen Staat nicht zur Last fällt.

Um diese Unterlagen alle zu beschaffen, hofften wir auf Alfred, der ja inzwischen in Enns lebte, daß der uns alles besorgen könnte. Wir nahmen an, daß dies zu erreichen für ihn nicht schwierig sei. Es war keine einfache Sache. Unzählige Wege waren hierfür notwendig, viele Laufereien, viele Scherereien. Fahrten bis ins Ministerium nach Wien waren notwendig. Die Irsiglers haben sich sehr angenommen und unzählige Schritte getan.

Bei der EBG hätte Vater seine Arbeitsstelle gehabt. Viele Kontaktnahmen mit Gemeindevertretern wurden gepflogen. Dadurch stieß Alfred zur Theatergruppe des späteren Gesangsvereins „Morgenrot“. Daraufhin erhielt er rascher die Aufenthaltsgenehmigung.

Besonders erschwert wurde die Lage dadurch, daß der Ennsfluß die Demarkationslinie zwischen Amis und Russen bildete. Noch galten die „Zugereisten“ als staatenlos und erhielten auch keinen Identitätsausweis. Somit war die Bewegung sehr eingeschränkt. Wie sollte Alfred da nach Wien gelangen?

Nun hatten die Irsiglers alle Dokumente, bis auf die Bestätigung der Bürgerschaft, beisammen. Aber diese zu bekommen, so dachten sie, wäre ja das einfachste. Sie wohnten doch bei Tante Nelli im Haus, und jene Schwester, zu deren Gunsten Vater einst auf sein Erbe verzichtete, um ihr den Ankauf in Enns zu erleichtern, wird diese Bestätigung sicher ausstellen!

Dem war nicht so! Denn als Irene Tante Nelli darum bat, erhielt sie folgende Antwort: „Ja, was fällt Euch denn ein, was denn, wenn der Hans wirklich nicht mehr arbeiten kann, dann kann i womöglich seine Familie erhalten.“ Nein, sie unterschrieb nicht. Wir aber warteten sehnsüchtig auf die Dokumente, denn ein weiterer Aufschub zur Aussiedlung war nicht mehr möglich.

Da kam der Brief aus Enns, wo uns Alfred dies mitteilte. Bestürzt las Vater diese Zeilen. Er legte den Brief weg und ging in das Zimmer. Als er länger nicht kam, blickte ich durch die am oberen Ende der Tür angebrachte Glasscheibe. Da saß Vater und weinte bitterlich. Er, der so gehofft hatte, er, der auf Nelli vertraute, dessen Lieblichkeitsschwester sie war, konnte dies nicht verstehen. Diese Handlung hat in Vaters Herzen eine tiefe Wunde geschlagen.

Nie wäre Vater jemandem zur Last gefallen, und hätte er nicht mehr arbeiten können, dann wäre ich es gewesen, die für ihn gesorgt hätte. Ich hätte es geschafft! Wir hatten uns doch so lieb.

In dieser verzweifelten Situation, die sich auch in Enns herumsprach, kam Tante Resi

aus St. Valentin zu Tante Nelli zu Besuch und schaute auch bei Irsiglers vorbei. Diese erzählten von der Herzlosigkeit der Tante Nelli. Da tat Tante Resi etwas, das ich ihr über den Tod hinaus nie vergessen werde. Mit den Worten: „No, gib halt her den Brief. Unterstützen kann ich ihn nicht, wenn was passieren sollte, aber helfen muß mar' ihnen doch, daß sie endlich aus dem Hexenkessel herauskommen.“ Sprachs, unterschrieb, und nun begann alles zu laufen.

Wir konnten wie Österreicher aussiedeln, das hieß: Mit voller Habe!

Ein Argument, das amtlich wohl nichts brachte, aber doch akzeptiert wurde, war, daß die Geschwister und die Mutter von Vater in Österreich lebten und Vater Schule, Ausbildung in Österreich absolviert hatte und auch nachweislich einen Arbeitsplatz in Oberösterreich hatte.

Vaters Tod

An jenem 17. Oktober 1946 läutet für mich um halb sechs Uhr der Wecker. Ich muß zur Morgenschicht. Das Aufstehen fällt mir schwer. Die mahnende Stimme des Vaters ruft mich: „Nelli, steh auf, sonst kommst zu spät“. Es sollten die letzten Worte sein, die er zu mir sprach. Vater hatte Nachmittagsschicht. Mit riesigen Schmerzen in der Magengegend vermeint er, daß sich neuerlich am Magenausgang ein Geschwür gebildet hat. Am Tage zuvor sagte er zu Mutter: „Die Hand is so schwer, als wie wenn mi der Schlag getroffen hätt.“

Pflichtbewußt, wie er immer war, geht er trotz dieser Symptome zum Dienst. Als die Schmerzen im Brustkorb unerträglich werden, sucht er den Betriebsarzt auf. Dieser schickt ihn mit den Worten: „Gehen Sie sofort nach Hause und halten sie vollkommene Ruhe“ wieder weg. Vater denkt nicht an das Nachhausegehen, denn die Angst, eingesperrt zu werden, ist viel größer, er hätte keinen Vertreter gehabt. So geht er wieder zu seinem Arbeitsplatz in der Trafo-Station.

Als man ihn findet, liegt er kopfüber, die Hände vorgestreckt, über seinen Arbeitstisch gebeugt. Schmerzverzerrt sein Gesicht.

Pünktlich, wie all die vielen Jahre, erhält Vater sein Essen. Wenn es möglich war, erwartete er uns bereits bei der Trafo-Station. Oft mußten wir in die „Neue“, in den 2. Stock, wo er seinen Aufenthaltsplatz hatte. Da Kinder nicht allein das Betriebsgelände betreten durften, war verabredet, daß er beim Hausmeister wartet. Pünktlich, wie alle Tage, ist Rudi, der sehr geschickt als Essensträger ist, um dreiviertel sechs beim Hausmeister. Jedoch der Onkel kommt nicht. Da entschließt er sich, zu ihm in den Betrieb zu gehen. Als er den Raum betritt, kommt ihm ein Gendarm entgegen und fragt, was er will, dann schickt er ihn heim.

Als Rudi daheim ankommt und erzählt, daß beim Onkel oben viele Leute stehen und man ihn gleich wieder zurückschickte, renne ich in den Betrieb. Ich war überzeugt, man wolle ihn einsperren und rüstete mich psychisch zu einem Kampf. Als ich den Raum betrete, schrei ich laut und energisch: „Wo is der Vater“. Da kommt mir Herr Krepel, der Gendarm, der auch schon vor 1938 in der Pötsch war, entgegen und stottert: „Ja, wissen Sie, no ja, no Ihr Vater – no, also mein Beileid.“ Ich fasse es nicht, geh an ihm vorbei und schrei: „Wo ist er, wo?“ Da nimmt mich der Gendarm am Arm und sagt: „No do is a ja“ und deutet auf die am Boden stehende Bahre. Mich packte eine so tiefe Verzweiflung, ich glaubte, ich müsse ihn zum Leben zurückholen.

Die Menschen rundum, sie sprachen nicht meine Sprache und man verstand sich kaum. Doch die Betretenheit rundum redete eine eigene Sprache. Mitfühlend faßte mich der Gendarm am Arm, half mir aufzustehen und sagte: „Gehn Sie nach Hause, is besser so, alles andere machen wir schon.“

Als ich auf halbem Wege Mutter begegne, die von Angst getrieben, nichts Gutes ahnend, auch in den Betrieb eilte, um nachzusehen, was los sei, jagte sie von der gegenüberliegenden Straßenseite auf mich zu und erfuhr die unglaubliche Nachricht. An alles Unheil hätten wir gedacht, nie aber, daß uns Vater in der kritischsten Phase der Vertreibung verlassen könne.

Als ich in den Betrieb eilte, begegneten mir zwei tschechische Arbeiter im Treppenhaus. Der eine fragte, was da los sei. Der andere machte eine wegwerfende Handbewegung und meinte, (so viel konnte ich verstehen: „hm, nemci umrela“ = ein Deutscher ist gestorben.) Selbst da ahnte ich noch nicht, daß es sich um Vater handle.

Ich ging wie im Trance, ich handelte wie im Trance, ich weiß nicht mehr, was weiter geschah.

Wir waren wieder daheim. Rudi weinte fürchterlich, ich war stumm geworden, es war wie eine Blockade in mir. Wir hatten in unserem Zimmer mein Bett abgeschlagen, um eine Ecke frei zu machen, um den eintreffenden Leichnam meines Vaters aufzubahren. Hilfsbereite Nachbarn, dabei war auch jener Herr, der mir mit meinen kranken Beinen über die Runden half, brachten Bretter, Mutter breitete ein Leintuch darüber.

Die Betriebsrettung brachte den toten Vater. Wir legten ihn auf die Bahre. Rasch hatten sich die neu eingezogenen Nachbarn versammelt, die zum Großteil Slowaken waren, denn die deutsche Bevölkerung war bis auf vereinzelte Familien bereits ausgesiedelt. Es war wie ein Hohn. Diese Slowakenweiber knieten sich hin und begannen zu beten. Es schnitt ins Herz. Jene Menschen, jene Nation, die uns so viel Schmach angetan, in ihrer Muttersprache beten zu sehen. In einer Sprache die er sehr haßte. In dieser Sprache sang man ihm das Totenlied. Freilich, die nun hier wohnenden Menschen konnten auch nichts für diese Situation und sie machten keinen Unterschied, wer hier lag. Sie beugten sich vor der Majestät des Todes.

Es war an der Zeit, den Toten anzuziehen, denn bald würde die Totenstarre eintreten und dann ist es schwer, Kleider an den Leib zu bringen.

Jenen schwarze Anzug, den Vater bei so vielen Festen und Feiern trug, er sollte ihn als letztes Kleid anhaben. Meine Freundin Mitzl Schuster stand mir zur Seite. Wir entkleideten Vater von seinem Arbeitsanzug und zogen ihn an. Als ich ihm die Hände wie zum Gebet ineinanderlegte, strich ich über sein Gesicht. Da lag er nun, mit einem verschmitzten Lächeln in seinen Zügen, sein Nasenspitzen leicht gerötet, wie er das immer bekam, wenn er lachte. Die Verkrampfung des Schmerzes hatte sich aus seinem Gesicht gelöst. Es war, als wollte er sagen: „Ich hab es besser als ihr.“ Ich fragte ihn, ob er uns denn auslache, weil wir in diesem Elend zurückbleiben müssen.

Nachbarn holten uns zum Schlafen zu sich. Als ich am nächsten Morgen zur Arbeit ging und an unserem Zimmerfenster vorbeiging, hörte ich Vaters Stimme: „Nelli, steh auf!“, da löste sich die Verkrampfung, ich konnte endlich weinen und dieses Weinen hat lange, lange kein Ende genommen.

Am nächsten Tag gingen Mutter und ich zur Bestattungsanstalt. Es wurde uns verweigert, ein deutsches Totenbildchen zu drucken, mit einem tschechischen konnten wir nichts anfangen. Wir bekamen auch keine Kranzschleife mit deutscher Aufschrift, „Danke“, meinte ich, „lieber ein Kranz ohne Schleife, als einer mit tschechischem Aufdruck.“ Es kam aber noch schöner, man verkaufte uns auch keinen Kranz.

Am Nachmittag des selben Tages ging ich mit Mitzl in den Wald. Wir holten allerlei Grünes, dazu eignete sich „Preiselbeertoschat“ die buxähnlichen Preiselbeerstauden. Wir halfen Mutter beim Kranzbinden. Ich sehe sie noch in der Küche sitzen, durch die Scheiben des Zimmertürfensters flackerte der Lichtschein der Kerzen, die neben dem aufgebahrten Leichnam standen.

Der Tag der Beerdigung war gekommen, es war der 20. Oktober 1946. Unser Dechant hatte die letzte heilige Messe gelesen, denn Dienstag wird ihn der Möbelwagen, in seine neue Pfarre nach St. Roman bringen.

Es war der letzte Sonntag, an dem der Rest der Verwandtschaft noch in der Heimat verweilte. Eine Woche später ging ihr Transport.

Telegramme, ja selbst Telefonate beim Konsulat machten es nicht möglich, daß Alfred und Familie kommen konnten. Auch seine Schwestern bekamen die Einreise von Österreich nicht. Wir blieben also allein, umringt von einem kleinen Rest der Deutschen und zwei Vettern aus Kirchschatz und Groß-Drosen.

Um 14 Uhr sollte der Trauerzug vom Hause weggehen. Es war bereits 13.45 Uhr. Noch immer war der Leichenwagen nicht da. Endlich, da stand er auf der Straße. Nun war der Sarg gekommen, die Einbettung konnte erfolgen. Der Kutscher rührte sich nicht. Ich rief ihn an, er verstand mich nicht, ich fragte, ich bekam keine Antwort. Ich zeigte ihm, er solle doch den Sarg heruntertragen in die Wohnung. Eine Stimme vom Kutschbock: „I nit, des is nix mei G'schiff“. So trug ich mit Hilfe eines trauernden Angehörigen den Sarg für Vater in das Zimmer.

Wie in den Tagen zuvor, war Mitzl da und half mir, Vater in den Sarg zu legen. Franz Irsigler der Stockerbauer, griff auch zu. Mitzl und ich schmückten den Sarg mit Grün, legten, wie es der Brauch war, einige Totenbildchen auf den Toten. Ich strich Vater zum allerletzten Mal über die wächsernen, kalten Hände, dann wurde der Deckel über den Sarg gestülpt. Jene Männer, die sich erbötig machten, den Sarg zum Totenwagen zu bringen, wollten den Deckel zugena-gelt haben, damit nichts passiert. So holte ich, bereit zum Weggehen, aus Vaters Werkzeugkiste Nägel und Hammer.

Nun setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Durch die ganze Pötschmühle, vorbei an seiner Wirkungsstätte, der Papierfabrik. Ich zählte in Gedanken die lange Reihe der Verwandten, die verstreut über ganz Deutschland in dieser Stunde an uns dachten, oder es noch gar nicht wußten, was geschehen war. Mein Bein schmerzte mich fürchterlich, laut ärztlicher Anordnung mußte ich mit einem Liegegips im Krankenhaus liegen, denn ich hatte mir eine Woche vorher bei einem Ausflug auf den Schöninger bei Krummau mit Rudi und Hans bei einem schiefen Tritt einen Bänderriß im rechten Knöchel zugezogen.

Kurz hielten die Pferde inne, als wir an Vaters Werk, dem Kriegerdenkmal von Wettern, vorbeigingen. Während des Gottesdienstes konnte ich weder beten, noch klare Gedanken fassen. Es strömte so viel auf mich ein und der Schmerz war so gewaltig, daß er jeden Gedanken fraß. Die weiteren Abläufe geschahen mechanisch. Es rannen keine Tränen, es floß ein nie endenwollender Strom aus den Augen und verschleierte die Welt, die für mich so unendlich trostlos geworden war.

Als wir am Grabe standen, hörten wir das Pfeifen eines Zuges, der die letzten Krummauer aus dem Lager ins Ungewisse führte. Als sich der Sarg in die Erde senkte, wurden mir die Knie weich und da spürte ich den festen Griff der Krankenschwester an meinem Arm, die mich fürsorglich und liebevoll nach Hause begleitete.

Ein schwerer Tag war zu Ende gegangen, Mutter setzte sich, angekleidet mit Mantel und Hut, auf das Totenbrett, wo Vater die letzten Stunden daheim seine Ruhe fand, ich setzte mich ihr gegenüber. In unseren Gesichtern stand die bange Frage: Was nun?

Ein Glück, daß wir Rudi hatten, für ihn lohnte es sich zu sorgen und sich umzusehen. Wie gut, daß Hans mich nicht allein ließ. Er hatte für mein Leid viel Verständnis, hatte doch auch er seinen Vater sehr plötzlich und relativ jung verloren. Er versuchte mich zu trösten so gut es ging. Alle Menschen, die Vater kannten, empfanden großes Mitleid mit uns, denn sie wußten, welch kostbaren Menschen wir verloren hatten.

Es mag für mich ein Trost sein, nimmt aber keineswegs den Schmerz. Wenn ich heute, nach 50 Jahren, mit meinen Bekannten irgendwo in Deutschland oder Österreich zusammen-treffe, dann reden sie vom Herrn Irsigler und erzählen von den schönen Stunden, die sie durch ihn und mit ihm erlebten, die er ihnen bereitete.

Ganz anders dagegen verhielt sich mein frisch Angetrauter. Als er nämlich gleich den ersten Sonntag, den wir als Ehepaar erleben hätten können, nicht nach Hause kam und ich meinte, das hätte Vater nie getan, bekam ich zur Antwort: „Glaubst, i mog a so a Dodl werden, wia dei Vota?“

Die Zöllner kommen

Der Tag der Abreise nahte, die Zöllner waren angesagt und trafen termingemäß ein. Mit Bängen erwarteten wir das Geschehen. Von bereits Ausgesiedelten hatten wir in Erfahrung gebracht, daß die Herren recht gemütlich wären, würde man sie nur gut verpflegen.

Da standen sie nun, vor gefüllten Schränken und Kisten und Kasterln, machten die Türen auf, und meinten: „Was haben Sie da drinnen?“ „Wissen Sie, wenn wir das alles genau durchschauen wollten, würden wir mehr als einen Tag brauchen“, sagte der andere. Vielleicht hatten wir auch ihr Mitleid, da sie ja wußten, daß Vater vor kurzem gestorben war. Es waren nette, freundliche Herren, die mit sich reden ließen und uns auch die Angst vor der tschechischen Behörde nahmen, die wir ja berechtigterweise hatten.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 8

Beim Mittagessen plauderten wir über die derzeitige Situation und einer der Herren meinte: „Wissen Sie, ich schäme mich, zu sagen, daß ich ein Tscheche bin. Was hier geschieht, ist nicht das Volk, das ist der Pöbel, wir müssen stille sein und froh, wenn die uns nicht einsperren.“

Beim Ofen lag ein Berg von Büchern, die ich ausmusterte, weil sie mir nicht so wichtig erschienen. Man stellte mir die Frage: „Was machen Sie mit den Büchern?“ „Verbrennen“, war meine Antwort. „Schenken Sie mir einige davon? Wissen Sie, meine Frau ist eine Deutsche und bekommt nun nirgends mehr etwas zu lesen.“

Bei Frau Hille war die Zollabfertigung rasch fertig, denn sie war ja als Wienerin nur bei ihrem Sohn zu Besuch, der als Ingenieur im Betrieb beschäftigt war, als man ihn einsperrte. Dieser Ing. Hille tat keiner Fliege etwas zu Leide, beteiligte sich nie und nirgends politisch. Er war ein gewissenhafter Arbeiter, der alles für den Betrieb tat. Tennisspielen war seine Freizeitbeschäftigung.

Eingesperrt wurde er, weil jemand seine Sachen haben wollte. Eine falsche Aussage bei der Polizei genügte, um sofort eingesperrt zu werden. Dieser feine und introvertierte Mensch war also im KZ in Budweis und es dauerte lange, bis er frei kam und bettelarm, als menschliches Wrak zu seiner inzwischen über 80 Jahre alten Mutter nach Wien heimkam.

Mitten in der Nacht ging es los. Abfahrt war um 2.30 Uhr früh in Aalen. Dabei waren 25 Teilnehmer aus Ellwangen / Aalen und 17 Teilnehmer der Wischauer Spielschar aus München. Als Gast und Ersatztänzer war Olaf Schührer (SdJ-Bundesvorstand) mit von der Partie.

Ohne Probleme ging es dann bis nach Rennes in die Bretagne. In Rennes wurde mit 2000 von insgesamt 6000 Teilnehmern Quartier in einem Studentenwohnheim der Uni bezogen. Am Abend des Ankunftstages fand die Eröffnungsveranstaltung statt. Die Stadt Rennes und die Bretagner stellten sich vor. Die äußerst gelungene Veranstaltung bot jede Menge kulturelle Höhepunkte und war sehr gut und straff organisiert.

Am Morgen und Nachmittag des zweiten Tages besuchten die teilnehmenden Gruppen das „Forum des Villes“ der Stadt Rennes. Im Forum stellten sich die Veranstaltungsorte aller Europeaden vor. Außerdem wurden landestypische Spezialitäten und der eine oder andere Tanz angeboten. Nicht fehlen durfte die Stadt Bayreuth, die 1999 die Ausrichter der 36. Europeade ist und deren Stand entsprechend umlagert war.

Die verbleibende Zeit des Tages brachten die Böhmerwäldler in der Innenstadt und der Fußgängerzone mit Auftritten zu. Mit Musik und Trachten waren die Böhmerwäldler schnell ein Publikumsmagnet, auch wenn leider die ganz

große Zuschauermenge ausblieb. Die Tänze wurden von den Zuschauern mit viel Applaus belohnt. Darüber hinaus entwickelten sich viele Gespräche mit den Zuschauern, die sehr an der Herkunft der Böhmerwäldler und den Trachten interessiert waren.

Am frühen Abend war der große Auftritt für die Böhmerwäldler im Fußballstadion von Rennes. Vor über zehntausend Zuschauern (davon viertausend Teilnehmer) führten über hundert Gruppen Tänze ihrer Heimat auf.

Die Böhmerwäldler tanzten das Mühlradl. Der Auftritt mit zehn Paaren klappte trotz der anfänglichen Nervosität aller hervorragend und wurde auch noch beim Ausmarsch mit viel Applaus belohnt.



Die Böhmerwäldler beim Mühlradl-Tanz.

16. Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier

Wir laden alle Bowling- und Kegelfreunde – sowie alle, die es noch werden wollen – sehr herzlich zum 16. Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier am Sonntag, dem 18. Oktober, in der Sporthalle Engelmann, Wien 17, Syringgasse 6 bis 8 (Eingang Beheimgasse), ein (die Sporthalle befindet sich nächst der Jörgerstraße / Jörgerbad). Wir beginnen pünktlich um 14 Uhr (Treffpunkt ist daher um 13.30 Uhr). Dauer zirka 3 bis 4 Stunden, inklusive Siegerehrung. Jedermann kann teilnehmen – das Alter ist völlig egal

– daher auch für die mittlere und ältere Generation (ohne Alterslimit!) geeignet! Zur Abdeckung der Bahnmiere wird ein kleines Nenngeld eingehoben. Mit Straßenschuhen darf nicht gespielt werden, Schuhe müssen in der Sporthalle entliehen werden. Machen auch Sie bzw. mach auch Du mit! Schöne Pokale stehen wieder bereit! Ihre SDJ-Landesjugendführung Wien, NÖ. und Bgld.

Achtung: Der Termin mußte vom 11. auf den 18. Oktober geändert werden.

Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich“

Alle Mitglieder und ehemaligen Mitglieder der SDJÖ, alle Freunde der Sudetendeutschen Jugend Österreichs sowie alle interessierten Landsleute sind recht herzlich eingeladen an dieser Veranstaltung, die am **24. und 25. Oktober** im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, stattfindet, teilzunehmen.

PROGRAMM:

Samstag, 24. Oktober: 11.00 Uhr: Eröffnung der Ausstellung zum 50-Jahr-Jubiläum (diese ist am 24. Oktober bis 18 Uhr, am 25. Oktober von 9 bis 12 Uhr und am 26. Oktober von 10 bis 13 Uhr geöffnet);

ab 15.00 Uhr: Wiedersehen-Treffen der „SDJÖ-Familie“ – alle deren Freunde seit dem Beginn im Jahr 1948 (Erdgeschoß);

19.00 bis 23.00: Unterhaltung mit Tanz für jedermann (Erdgeschoß);

ab 21.30 Uhr: SDJ-Jubiläums-Clubbing im 2. Obergeschoß.

Sonntag, 25. Oktober: 10.00 Uhr: Festveranstaltung im Großen Saal im Erdgeschoß.

Wir ersuchen Sie aus organisatorischen Gründen um eine dringende Anmeldung bei der Sudetendeutschen Jugend Österreichs, Bundesverband, 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. (01) 718 59 13, mit Anrufbeantworter.

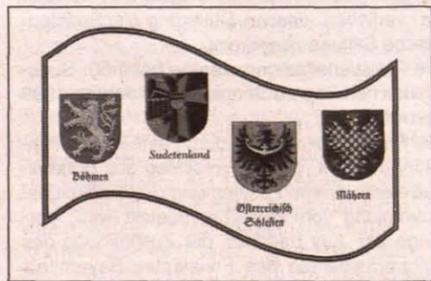
Wappen-Postkarten der SL St. Pölten

Liebe Landsleute und Heimatgruppen!

Öffentlichkeitsarbeit ist 1998 und in Zukunft, 80 Jahre nach dem Unrecht 1918/19, verstärkt angesagt. Der SLÖ St. Pölten bot sich die Gelegenheit, über eine Druckerei „Wappen-Karten“ zu einem günstigen Preis, pro Stück S 1.42, zuzüglich Spesen, aufzulegen. Diese Farbkarten – laut Bild – können als Kurzmitteilung an jedermann, als Grußkarten für Landsleute zu Geburts- und Namenstagen, oder auch gerahmt als Wandbild, verwendet werden und sind dann ein guter Anlaß, mit Kindern und Bekannten über historische Fakten zu reden. Die „Wappen-Karten“ werden ab sofort an alle Interessierten, Landsleute und Heimatgruppen weitergegeben, und zwar bei Abnahme von 100 Stück S 1.50, im Einzelverkauf S 2.– pro Stück.

Bestellungen bitte schriftlich an die SLÖ St. Pölten, z. H. Obmann Franz J. Schaden, 3100 St. Pölten, Birkengasse 6, Telefon 0 27 42 / 71 9 67. – Die Karten sind auch bei den regelmäßigen Heimatnachmittagen in Sankt Pölten, an jedem dritten Freitag, ab 14 Uhr, in den Stadtsälen erhältlich.

Mit heimatlichem Gruß: Die SLÖ St. Pölten



9. Wiener Stadträtzelwanderung

der Sudetendeutschen Jugend und der SLÖ-Bezirksgruppe Wien und Umgebung

Termin: Montag, 26. Oktober (Staatsfeiertag).

Treffpunkt: Ab 8.30 Uhr (bis spätestens 9.15 Uhr), Wien 1, Schottentor (oben, bei den Haltestellen der Straßenbahnlinien 2, D, 43, 44).

Teilnahmebedingungen: Der Start erfolgt paarweise (Kinder können selbstverständlich mitgenommen werden) ab 8.30 Uhr in Zehn-Minuten-Abständen, zu Fuß / Straßenbahn (Tagesfahrkarte ist notwendig) oder Auto. Jedermann kann mitmachen, eine Mitgliedschaft ist nicht notwendig! Teilnahme auf eigene Gefahr!

Anmeldung: Für die Planung dringend notwendig bis Donnerstag, 15. Oktober, telefonisch: 01/484 92 81 (Montag bis Donnerstag, abends, bei Brigitte Leopold-Slezak). Nachmeldung am Start möglich!

Mitzubringen sind: Stadtplan, Kugelschreiber / Bleistift, eventuell Schreibunterlage, ein oder zwei gut informative Bücher (Geschichte, Wien, ...), eventuell Regenschutzhülle (wir gehen bei jedem Wetter!), vor allem: Gehirnschmalz und gute Laune! Und was sonst von Nutzen sein könnte.

Ende: Zirka 15 Uhr (nach der Preisverleihung)

Anlässlich der Fünfzig-Jahr-Feier der Sudetendeutschen Jugend ist es auch für auswärtige Kameraden und Landsleute eine gute Gelegenheit, einen schönen Wien-Tag einzuplanen (Anmeldung siehe oben)! Es wird ein neuer Wanderpokal ausgespielt, daneben gibt es viele Buch- und andere Preise zu gewinnen! Wir hoffen auf eine rege Teilnahme – Mitmachen lohnt sich auf jeden Fall!

Wir freuen uns auf Ihr / Dein Kommen!

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetenspost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: _____

Ort: _____

Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – **Jahresbezugspreis: Inland S 338.–** (inklusive 10 % Mehrwertsteuer), **Ausland: S 410.– (DM 58,50).** – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift u. Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Michael Wollner: 30. Todestag

Am 29. August 1998 jährte sich zum 30. Mal der Todestag von Lm. Michael Wollner, Prokurist der Moldauml-Papierfabrik Gebrüder Porak in Kienberg.

In der schweren Zeit der Jahre 1945/46 (Vertreibung) war Lm. Michael Wollner ein Mann der ersten Stunde, der beherrzte und heimatreue Böhmerwäldler um sich scharte und sich der seelischen und materiellen Not seiner Landsleute annahm. Er war ein Gründer des Verbandes der Böhmerwäldler in Oberösterreich und führte diesen bis zum Jahre 1956. Beruflich setzte er seine Tätigkeit in der Nettingsdorfer Papierfabrik fort. Seiner Wirkungsstätte in der alten Heimat setzte er mit dem Buch „Das war unser Kienberg“ ein literarisches Denkmal. Vielen Landsleuten stand er mit Rat und Tat zur Seite.

Der Verband der Böhmerwäldler in Oberösterreich gedenkt seiner in Dankbarkeit.

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin, bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 19	8. Oktober	Red.-Schluß	1. Oktober
Folge 20	22. Oktober	Red.-Schluß	15. Oktober
Folge 21	5. November	Red.-Schluß	29. Oktober
Folge 22	19. November	Red.-Schluß	12. November
Folge 23	3. Dezember	Red.-Schluß	26. November
Folge 24	17. Dezember	Red.-Schluß	10. Dezember

Sudetenspost

Eigentümer und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf und FAX: 0 73 2 / 70 05 92, Obmann: Professor Dr. Rudolf Fochler, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig, Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7; Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland S 338.– incl. 10 % Mehrwertsteuer, Ausland: S 410.– (DM 58,50); Einzelpreis: S 16.–. Postsparkassenkonto 7734.939, Blz 60000, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto 0000-028.135, Blz 20320. Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

Zum 100. Male jährt sich der Todestag des bekannten märkischen Dichters Theodor Fontane, ein Freund des Riesengebirges

Ein Freund und häufiger Besucher des Riesengebirges war der märkische Dichter Theodor Fontane, der mehrere Sommer in Rübzahl Bergwelt verbrachte und dort auch viele Anregungen zu seinem literarischen Schaffen empfing. Besonders gern weilte der Dichter in dem Luftkurort Krummhübel, von dem aus er wiederholt die Scheekoppe bestieg und den Hochgebirgskamm zu beiden Seiten der Landesgrenze bewanderte. In den Sommermonaten der Jahre 1884/1885 schrieb Fontane hier an seiner Novelle „Cécile“ und beschäftigte sich gleichzeitig mit einer neuen, für die „Gartenlaube“ bestimmten Romanerzählung, welche teilweise im Riesengebirge spielt und auf einer wahren Begebenheit beruht.

Von Erhard Krause

Den Stoff zu diesem „Quitt“ betitelten Roman lieferte ihm ein Ereignis, das erst wenige Jahre zurücklag. Im oberen Teile des „Gehänges“ unter der Kleinen Koppe (1375 m) in Richtung zur Seiffengrube war 1877 der gräfliche Schaffgotsche Förster Frey von einem Wilderer erschossen worden, an welche Tat unweit des Gehängebrunnens im Knieholz ein Gedenkstein erinnerte. Der Täter, den man nie erwischte hat, soll nach Amerika ausgewandert und dort ums Leben gekommen sein. Fontane, der zuerst eifrig Material sammelte, bevor er mit der Niederschrift der Erzählung begann, war bemüht, die Handlung derselben mit den tatsächlichen Geschehnissen in Übereinstimmung zu bringen, da er, wie er am 3. Juni 1885 an seine Frau

schrub, „nicht die Frechheit habe, darauf los zu schreiben, ohne Sorge darum, ob es stimmt oder nicht“.

Seiner Tochter Mete berichtete der Dichter am 16. Juni 1885 von Krummhübel aus über die Vorarbeit an dem Riesengebirgsroman u. a.: „Die vorstehenden Zeilen sollten ‚unterwegs‘ in einen Postkasten gesteckt werden; dieser ‚Unterwegs-Postkasten‘ kam aber nicht, und so genießen diese Zeilen den Vorzug, in meiner Brusttasche bis auf die Kleine Koppe geschleppt zu worden zu sein. Denn das Denkmal, das die Förster des Grafen Schaffgotsch ihrem durch einen Wilddieb erschossenen Kameraden gesetzt haben, steht nur 500 Schritte unter der Kleinen Koppe auf einem Felsvorsprung, der das ganze Hirschberger Tal mit seinen Bergen, Kuppen, Städten, Dörfern, Parks und Schlössern beherrscht. Sehr schön, auch für meine Arbeit wundervoll zu verwenden, umso mehr, als sich hoch oben schon alpine Sterilität, Krüppelkiefer, Knieholz und Moorgründe mit wuchernden Hufflattig mit einmischen...“

Die Inschrift auf dem Marterl, die von der Ermordung des Försters sprach, erregte jedoch den Widerspruch des Dichters und er schrieb: „Auf dem Denkmal steht: ‚Ermordet durch einen Wilddieb... Ich finde dies zu stark! Förster und Wilddieb leben in einem Kampf und stehen sich bewaffnet, Mann gegen Mann, gegenüber; der ganze Unterschied ist, daß der eine auf dem Boden des Gesetzes steht, der andere nicht. Aber dafür wird der eine bestraft, der andere belohnt, von ‚Mord‘ kann in einem ebenbürtigen Kampf nicht die Rede sein.“

Die endgültige Vollendung des Romans, dessen zweite Hälfte bei den Mennoniten in Amerika spielt, zog sich bis zum Jahre 1889 hinaus. 1890 brachte ihn zunächst die „Gartenlaube“, sodann erschien er im Verlag von W. Hertz als Buch. Auf diese lange Verzögerung Bezug nehmend, schrieb Fontane am 16. April 1889 aus Berlin an seinen Sohn Theo: „Gleich nach Eurer Abreise von hier habe ich mal einen Brief geschrieben, seitdem nicht wieder. Das ist eine lange Zeit, die ganz durch die Korrektur jener Geschichte ausgefüllt worden ist, um derentwillen Du seit Jahr und Tag Abonnent der ‚Gartenlaube‘ bist, es leider auch noch bleiben muß und abermals auf Jahr und Tag, wenn Du des Genusses der Lektüre nicht verlustig gehen willst. Kroener schrieb mir, vor Ablauf eines Jahres ginge es nicht, das sei Annahmeforderung... und so wird denn Frühjahr oder Sommer 1890 herankommen, eh' Krummhübel und die Welt erfährt, wie die Geschichte mit Förster Frey, den ich in einen Opitz umgetauft, eigentlich gewesen ist...“

Ein Lieblingsplatz Theodor Fontanes im Riesengebirge, welchen er oft aufsuchte und auf dem er viele glückliche Stunden im Anblick der majestätischen Bergwelt verträumte, war eine Bank am Eingang zum Melzergrund, der tiefsten und längsten Schlucht auf der Nordseite des Rübzahlreiches. Hierüber schrieb er am 16. September 1885 aus Krummhübel an seine Frau:

„Die Hitze ist kolossal, aber sowie man eine schattige Stelle findet, ist es herrlich. Heute früh ging ich nicht nach dem Waldhaus, sondern

stieg, um die lange, sonnige Straße zu vermeiden, beim Kretscham hinunter und marschierte bis an den Melzergrund, an dessen Eingang ich fast eine Stunde saß. Anno '72 war das mein Hauptspaziergang und im übrigen auch noch die Stelle, wo ich das Einleitungsgegedicht zu meinem Band ‚Havelland‘ schrieb. Ich komme darauf, weil Lehrer L. neulich eine Stelle daraus zitierte und dabei blieb: ‚Ja, das ist von Ihnen, auch, als ich es bestritt. Zuletzt fand ich mich zurecht, er hatte es nämlich so zitiert, als ob es ein Gedichtsanfang wäre, während es eine mitten herausgenommene Stelle ist. Ja, das sind nun 13 Jahre. Was ist nach abermals 13 Jahren? Nun, die Gedichtsstelle wird wohl noch existieren und um Nauen und Friesack herum auch das Gedicht selbst. Aber ‚der Vater von Janze!‘“

Fast möchte man glauben, daß der Dichter diese Frage in einer Art Vorahnung gestellt hat, denn genau 13 Jahre und 4 Tage nach diesem Brief ist Fontane am Abend des 20. September 1898 in Berlin verstorben. Wenige Tage vor seinem Tode hatte der Dichter noch in Karlsbad gewelt, wo er sich in den letzten Lebensjahren regelmäßig zur Kur einfand. Sein letzter Besuch im Riesengebirge datiert aus dem Jahre 1892. Damals hatte er sich Zillerthal-Erdmannsdorf zu einer Sommerfrische erwählt, wo er Erholung von einer schweren Erkrankung suchte und länger als vier Monate verblieb. Von seinem im Riesengebirge spielenden Arbeiten seien noch erwähnt die Erzählungen: „Eine Nacht auf der Koppe“ (1890), „Der letzte Laborant“ (1891) und „Gerettet“ (1891).

Selbsttäuschung und Täuschung: Ein utopisches Konzept

Ziel jeder echten Vertriebenenpolitik muß nicht nur sein, sondern ist auch, was in zahlreichen Entschließungen, Resolutionen, Bekenntnissen, Satzungen, Versprechungen auf Tagungen und Kundgebungen immer wieder gefordert wird: „Ziel ist, den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung, durchzusetzen (vgl. die Satzung der SL von 1954, § 3b).“ Wie das mit dem nirgends, weder national noch international existenten Heimatrecht oder einem fiktiven „Minderheiten- oder Volksgruppenrecht“ unter polnischer oder tschechischer Staatsbürgerschaft (nach „multikulti“ Maastricht-Europa) möglich ist, bleibt das große Geheimnis der Strategen des „besseren Europa“ von morgen.

Von Dr. Harald Kindl

Logisch und berechtigt wäre zur Durchsetzung der Ansprüche der Vertriebenen das als „Zwingendes Recht“ international völkerrechtlich anerkannte volle Selbstbestimmungsrecht der Völker mit territorialem Anspruch zu fordern, das seit der „Wiener Vertragsrechtskonvention“ von 1969 in Verbindung mit den beiden Menschenrechtspakten von 1961 in Kraft ist, wie es seit der Entkolonialisierung alle um ihre Freiheit kämpfenden Völker, besonders die der „dritten Welt“ und der zerfallenden Sowjet-Union und Jugoslawiens fordern. Keines von ihnen in Afrika, Asien oder Mittelamerika fordert „Heimatrecht“, weder Iren, noch Basken, weder Tschechen, noch die baltischen Völker, weder Slowenen noch Slowaken forderten oder fordern ein „Minderheitenrecht“, weil das dem Verbleib im alten „Völkerkerker“ gleichkäme und man der Willkür des jeweiligen Staatsvolkes derartiger

Vielvölkerstaaten ausgesetzt wäre. Nur wir verlangen nach der Utopie eines Freiheit und Frieden vortäuschenden „Europas ohne Grenzen“, ein nirgendwo existierendes und gesichertes „Armen- und Unterkunftsrecht für mittellose Obdachlose“.

Wenn selbst Dr. Paul Latussek ausdrücklich vor der Frage nach vollem Selbstbestimmungsrecht mit „territorialem Anspruch“ zurückweicht (siehe das Interview „Sudetenpost“ Nr. 15/16, Seite 4 ff) und als „seriöse Alternative“ die „Durchsetzung des Rechts auf die Heimat vor das Selbstbestimmungsrecht“ stellt, ist dem das Bekenntnis der SL (F. P. Habel) und Brüsseler und Straßburger Maastricht-Europäer (S. K. H. Otto von Habsburg) entgegenzuhalten und nicht zu negieren, was das Ergebnis derartiger „Heimatrecht-Vorstellungen“ ist. „Rückkehr um jeden Preis ‚ohne Vorbedingungen‘ ist der glatte Selbstmord. Man sehe doch nur auf die Zustände im ehemaligen Jugoslawien: „Rückkehrrecht“, das man als international gesichert vortäuschend dem „Heimatrecht“ gleichsetzt, ist kein „Heimatrecht“. Es kommt darauf an, welche Rechte den Rückkehrenden nach der Rückkehr gewährt werden. Das sind gemäß den Verfassungen der Vertreiberstaaten eben „keine“. Weder in Polen, noch in der Tschechischen Republik existiert wie in Jugoslawien ein Minderheiten- oder Volksgruppenrecht. Völkerrechtlich läßt sich das weder durchsetzen, noch garantieren, da dies nach der zur Zeit in Lehre und Praxis geltenden Anschauung des „Positiven Rechts“ ein Verstoß gegen die „unantastbare absolute Souveränität des Einzelstaates“ wäre. Theoretisch also schon vollkommen unmöglich, praktisch daher noch viel mehr: Was

geschieht denn mit den nach Bosnien in fremde ethnische Umgebung „Heimkehrenden“? Die Häuser werden ihnen über dem Kopf angezündet und sie werden mit Knüppeln und Steinen verjagt! Wenn wir in größeren Gruppen in das Sudetengebiet zurückkehren würden, es ginge uns nicht anders. Herr Sladek hat es Kohl doch in Prag versichert: „Es sind 1945 noch viel zu wenig Sudetendeutsche erschlagen worden!“

Wohin einseitiges Nachgeben als falschverstandene „Realpolitik“ nach „Kunst des Möglichen“ führt, mußte nicht nur der „Super-Bismarck“ aus Oggersheim mit der Zurechtweisung an Herrn Zeman einsehen, sondern auch Herr Latussek am eigenen Leib erfahren, als er sich genötigt sah, energisch das „Rechts- und Moralbewußtsein“ der „First Europe Lady“ Rita Süßmuth zurechtzurücken: „So nicht, Frau Bundestagspräsidentin!“ („Der Schlesier“, 14. 8. 1998) hielt er ihr nun in Erkenntnis der Lage entgegen, als sie die Verdächtige von Lm. Volk noch übertraf, der fürchtete, daß die Herabstufung der Forderungen der Vertriebenen stets fortschreite: „Forderte man in den fünfziger Jahren noch uneingeschränkt volles Selbstbestimmungsrecht, trat bald das ‚nirgends in der Welt anerkannte Recht auf die Heimat‘ an dessen Stelle. Die nächsttieferen Stufen deuten sich bereits an. Frau Barbara Stamm spricht nur mehr vom ‚Niederlassungsrecht‘, Dr. Wittmann vom ‚Rückkaufrecht‘.“

Solche Täuschungen verstoßen kraß gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung und helfen weder deutschen, noch anderen Vertriebenen, sondern ermuntern nur die Vertreiber, siehe Kosovo!

Jugend-Oskar der Körper-Stiftung

Hinter dem Namen Jugend-Oskar 1997 / 1998 verbirgt sich kein Filmpreis für Nachwuchscineasten, sondern ein Wettbewerb der Körper-Stiftung Dresden für grenzüberschreitende deutsch-polnische, deutsch-tschechische und trinationale Jugendprojekte.

Mit dem Projekt „Gaisthalwood“ hatten sich die Partnerverbände Sudetendeutsche Jugend, Bezirksverband Niederbayern / Oberpfalz und der tschechische Jugendverband Sojka an diesem Wettbewerb beteiligt und sind mit dem Förderpreis ausgezeichnet worden.

Dies ist eine besondere Anerkennung und Bestätigung des jahrelangen Engagements der Sudetendeutschen Jugend im Bereich des deutsch-tschechischen Jugendaustausches. Bereits seit dem Jahre 1989 führt die Sudetendeutsche Jugend jährlich deutsch-tschechische Jugendzeltlager für Dreizehn- bis Siebzehnjährige in Gaisthal durch. Mit „Gaisthalwood“, dem Zeltlager im Jahre 1997, führte die Sudetendeutsche Jugend, Bezirksverband Niederbayern / Oberpfalz, erstmals zusammen mit ihrem tschechischen Partner Sojka eine solche Jugendbegegnung gemeinsam durch. Die Jury der Körper-Stiftung fand das Konzept und die Durchführung des letztjährigen Jugendzeltlagers in Gaisthal überzeugend und wählte es unter zahlreichen eingereichten Beiträgen für den Förderpreis „Jugend-Oskar 1997/1998“ aus, der mit DM 500,- prämiert wurde.

Sudetendeutscher Kulturpreis 1999

Eingedenk der Verpflichtung, das kulturelle Erbe zu wahren und getragen von dem Willen, die schöpferischen Kräfte zu fördern, will die Sudetendeutsche Landsmannschaft Dank und Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe für künstlerisches Wirken im Sinne einer jahrhundertalten Tradition durch die jährliche Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise abstaten.

Folgende Preise werden verliehen:

- Großer Sudetendeutscher Kulturpreis,
- Sudetendeutscher Kulturpreis für Schrifttum,
- Sudetendeutscher Kulturpreis für Musik,
- Sudetendeutscher Kulturpreis für Bildende Kunst und Architektur,
- Sudetendeutscher Kulturpreis für Darstellende und Ausübende Kunst,
- Sudetendeutscher Kulturpreis für Wissenschaft.

Der Große Sudetendeutsche Kulturpreis ist mit DM 10.000,-, die Einzelpreise sind mit je DM 3000,- dotiert.

Im Rahmen der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe unterstützt der Freistaat Bayern die Preisverleihung unter ande-

rem durch die Übernahme der Dotierungen. Im Zusammenhang mit der Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise wird auch der in gleicher Höhe dotierte „Sudetendeutsche Volkstumspreis“ verliehen, dessen Dotierung die Sudetendeutsche Stiftung übernimmt.

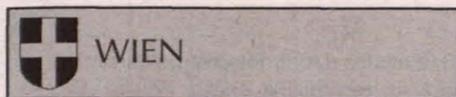
Die Preisverleihungen werden beim 50. Sudetendeutschen Tag zu Pfingsten des Jahres 1999 vorgenommen.

Die Preisträger werden durch eine unabhängige Jury ermittelt, die auf Vorschlag des Bundeskulturreferenten mit Zustimmung der SL-Bundesversammlung vom Sprecher bestellt wird. Vorschläge der Jury bedürfen der Zustimmung des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern als

Schirmherrn und des Sprechers der sudetendeutschen Volksgruppe. Die Jury wird ihre Sitzung zur Auswahl der Vorschläge für 1999 in der Zeit des Jahreswechsels 1998/99 haben. Vorschläge für die Sudetendeutschen Kulturpreise 1999 können bis zum 31. Dezember 1998 an die SL-Bundesgeschäftsstelle, Kulturreferat, Hochstraße 8, 81669 München, eingereicht werden.

Mit dem schriftlichen Vorschlag muß die genaue Anschrift und Heimatlandschaft des Vorgesetzten genannt werden, ebenso der Beruf und die künstlerische oder wissenschaftliche Fachrichtung.

Vorschlagsberechtigt für die Preisträger sind die Gliederungen der SL.



Zwittauer und Müglitzer in Wien

Am 16. Juni 1998 verstarb Herr Mag. Karl Herwei, der Gatte unserer Berichterstatlerin OSR. Waltraut Herwei. Er fühlte sich, obwohl Wiener, mit unserer Heimatgruppe verbunden und nahm reges Interesse an den sudetendeutschen Ereignissen. Wir bekunden unsere herzliche Anteilnahme an dem Verlust.

Karl Fordinal, Obmann

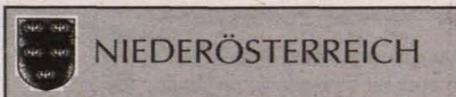
In den Monaten Oktober und November haben folgend genannte Landsleute Geburtstag: Frau Antonie Michalek (Mährisch-Lotischau), 82 Jahre am 3. 10.; Frau Ingeborg Peschka (Melk - Absdorf), 70 Jahre am 13. 10.; Herr Min.-Rat Dr. Hans Halva (Zwittau), 75 Jahre am 8. 11.; Frau Elisabeth Kaupe (Tattenitz), 84 Jahre am 10. 11.; Herr Franz Findeis (Laubendorf), 90 Jahre am 14. 11. und Frau Margit Heindl, geb. Ettl (Zwittau), 91 Jahre am 18. 11. Die besten Wünsche zum Wiegenfest sollen unsere Landsleute ins nächste Lebensjahr begleiten.

Waltraut Herwei

Humanitärer Verein von Österreichern aus Schlesien

Der Herbst schaute schon kräftig um die Ecke, es war ziemlich kühl. Trotzdem trafen sich einige Unentwegte nach der Sommerpause beim „Wolff“ in Neustift. Es war ein schöner Nachmittag für alle Anwesenden, nur getrübt durch die Nachricht vom Tod unserer lieben Maria Wanko. Wir können es nicht fassen, daß sie uns am 25. 8. verlassen hat. Sie hinterläßt eine große Lücke bei ihren schlesischen Landsleuten. - Obmann Philipp gratulierte Frau Eichinger zum 77. und Herrn Jursicka zum 85. Geburtstag und erinnerte dann an die nächsten Termine: 27. September: Heimattag Klosterneuburg; 11. Oktober, 10.30 Uhr: Leopoldsbau (bei beiden Veranstaltungen, wenn möglich, in Tracht erscheinen) und 18. Oktober: erstes Treffen im Vereinslokal ab 16 Uhr, zur Kirmes. - **Achtung Landsleute!** Bitte vergesst nicht den 11. Oktober. Wir treffen uns zur Meßfeier zu Ehren unserer Landespatronin, der hl. Hedwig, um 10.30 Uhr, in der Kirche am Leopoldsbau. Um zahlreiche Teilnahme bittet der Obmann.

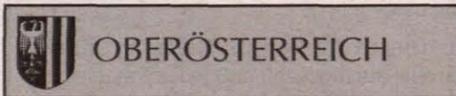
Hannelore Blaschek



Baden

Unser erstes Zusammentreffen nach der Sommerpause findet am Freitag, dem 16. Oktober, wie immer im Grand Hotel „Sauerhof“, um 15.30 Uhr, statt. Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen.

H. Kunc



Verband der Böhmerwälder in OÖ.

Der Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich gratuliert zu den Geburtstagen im Monat Oktober: Karl Jagsch, 88 am 21. 10.; Franz Blaha, 88 am 22. 10.; Maria Studener, 87 am 14. 10.; Katharina Schmidinger, 86 am 20. 10.; Franz Jaksch, 84 am 7. 10.; Franz Wolf, 83 am 7. 10.; Anton Erhart, 79 am 7. 10.; Ruth Haas, 78 am 19. 10.; Erich Jungwirth, 78 am 5. 10.; Alfred Bäcker, 77 am 19. 10.; Anni Mayr, 77 am 16. 10.; Reg.-Rat Karl Seyka, 75 am 23. 10.; Maria Rusch, 75 am 20. 10.; Gertrude Lüzelsbauer, 75 am 2. 10.; Leopoldine Slavik, 73 am 23. 10.; Hedwig Reither, 72 am 10. 10. und Johann Alt, 70 am 15. 10.

Se

Gmunden

Folgende Geburtstage fielen in die Sommermonate: Berta Kaltenbrunner am 7. 7. (67), Susanne Putz am 14. 7. (49), Ing. Siegfried Kletzander am 23. 7. (69), Johanna Rainer am 25. 7. (77), Friederike Strigl am 13. 8. (78), Rosemarie Derflinger am 17. 8. (78). Im September feiern Geburtstag: Edeltraud Machherndl am 11. 9. (78), Erika Trieb am 22. 9. (77). Allen Jubilaren herzliche Glück- und Segenswünsche und weiterhin beste Gesundheit! - Das erste Treffen nach der Sommerpause findet am Mittwoch, dem 23. September, um 14.30 Uhr, im „Goldenen Schiff“ statt. Ich freue mich auf zahlreichen Besuch!

Herlinda Lindner



Bundesverband

Zwei wichtige und bedeutende Veranstaltungen liegen vor uns. Zum einen der Sudetendeutsche Heimattag 1998 vom 25. bis 27. September in Wien und Klosterneuburg - das genaue Programm findet man im Inneren dieser Zeitung - und zum anderen die Festveranstaltung rund um „50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich“ am 24. und 25. Oktober im „Haus der Heimat“ in Wien. Der Heimattag steht unter dem Motto „Menschenrechte auch für uns“ und 700 Jahre Klosterneuburg, unsere Patenstadt. Das Motto wurde sehr richtig gewählt, denken wir hiebei an die Jahre 1918/19, 1938, 1945 und 1946 - da wurden die Menschenrechte oft mit Füßen getreten und wir wurden dabei nie gefragt, sondern waren zu meist Opfer. Opfer wider die Menschenrechte. Auch in bezug auf die unglaublichen Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman ist das Motto zu sehen. Denn die Menschenrechte, darunter fallen auch die Minderheitenrechte, sind legitime Rechte aller Menschen, das heißt auch für unsere Volksgruppe. Gerade die Herren auf der Prager Burg sollten sich da bei der Nase nehmen, haben sie doch zum Beispiel die Minderheitenrechte, die der Europarat zuletzt ausgearbeitet hat, ebenso unterschrieben und damit zur Kenntnis genommen sowie deren Befolgung damit dokumentiert. Ausnahmeregelungen wurden - wie es einige andere Staaten taten - nicht gemacht. Daher sind die Rechte der Minderheiten - und neben Slowaken, Polen, Roma usw. gibt es auch eine starke deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik - zu beachten und diesen zu entsprechen sowie diese auszubauen. Jedenfalls gilt es für die Tschechische Republik, diese Rechte auch einzuhalten und nicht so, wie es in den Jahren zwischen 1919 und 1938 war, diese für die Sudetendeutschen immer wieder zu mißachten, zu schmälern, nicht anzuwenden und sogar abzulehnen u. v. a. m. Aus diesem Grund freuen wir uns schon auf die Worte unseres Landmannes Dr. Herbert Fleissner, dem Geschäftsführer des Sudetendeutschen Rates und des ersten Bundesjugendbeauftragten in Österreich in den Jahren 1949 bis 1951. Gleich danach folgt die Festveranstaltung „50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich“. Im „Haus der Heimat“ in Wien werden wir uns alle, die seit dem Beginn an dabei waren, wieder begegnen. Etliche Freunde und Kameraden weilen nicht mehr unter uns, sie sind uns vorangeschritten - auch ihrer werden wir gedenken. Es wird dies bestimmt eine Begegnung mehrerer Generationen sein, die eines gemeinsam haben - sie haben in der sudetendeutschen Jugendarbeit gewirkt bzw. wirken noch immer! 50 Jahre ist eine lange Zeit in einem Menschenleben, doch im Leben einer Volksgruppe stellen sie nur eine entsprechend kurze oder lange Periode dar. Wir werden uns in kameradschaftlicher Vertrautheit zusammenfinden, viel zu beplaudern haben. Für die Jüngeren unter uns wird es ein kurzer Blick in die Vergangenheit sein. Dazu wird auch die Ausstellung aus diesem Anlaß dienen, zu deren Besuch wir schon jetzt alle Freunde und interessierten Landsleute herzlich einladen wollen. Die sudetendeutsche Jugendarbeit war und ist immer ein wichtiger Bestandteil der gesamten Volksgruppenarbeit gewesen und soll es auch immer sein. In diesem Sinne erwarten wir uns beim Heimattag und bei der Festveranstaltung einen sehr guten Besuch aller Generationen unserer Volksgruppe. Liebe ältere Landsleute und Freunde - nehmt zu den Veranstaltungen des Heimattages auch die mittlere und jüngere Generation mit, besuchen Sie mit diesen unsere Museen und Ausstellungen! - **Merkt Euch bitte alle vor:** Am Wochenende 24. und 25. Oktober findet im „Haus der Heimat“, in Wien 3, Steingasse 25, die Jubiläumsveranstaltung anläßlich „50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich“ statt! Alle sind dazu recht herzlich eingeladen - nehmt alle (die ehemaligen Mitglieder der SDJÖ, alle Freunde und Interessierten usw.) daran teil! Bitte um unbedingte Anmeldung aus organisatorischen Gründen (Sudetendeutsche Jugend, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefonnummer: 718 59 13, Anrufbeantworter!), damit wir alles gut vorbereiten können! Beachtet dazu unbedingt den Hinweis in dieser Nummer der „Sudetepost“! - Zum Sudetendeutschen Heimattag in Wien und Klosterneuburg - 25. bis 27. September (das genaue Programm ist dem Zeitungsinneren zu entnehmen) - sind alle Landsleute und Freunde der Sudetendeutschen und vor allem Ihr als junge Menschen, also jedweden Alters, aus ganz Österreich, recht herzlich eingeladen! Kommt bitte alle und besucht die einzelnen Veranstaltungen des Heimattages. - Vorschau: 7. November: Österreichisch-sudetendeutsches Volkstanzfest in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg - wir laden dazu jedermann, jedweden Alters, recht herzlich ein! Näheres in der kommenden Nummer der „Sudetepost“!

Landesgruppe Wien

Heimstunden: jeden Mittwoch, ab 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. - für alle jungen Leute, auch für Ihre Kinder und Enkelkinder, werte Landsleute! Wir sind die Jugendorganisation der sudetendeutschen Volksgruppe in Österreich - dies sollten Sie immer wieder bedenken und auch im Auge behalten. Ohne eine starke Jugendorganisation ist die Volksgruppe nur auf drei Beinen stehend! Darum schicken Sie die Kinder und jungen Leute zu uns und zu unseren Veranstaltungen, die für jedermann offen stehen! - Vom 25. bis 27. September findet der Heimattag in Wien und Klosterneuburg statt. Ein genaues Programm ist in dieser Zeitung enthalten. Wir stehen wieder einmal im Blickpunkt der Öffentlichkeit - darum wäre eine sehr starke Beteiligung von Kindern und jungen Leuten sowie der mittleren Generation besonders wichtig! Beim Trachtenfestzug nehmen wir selbstverständlich teil und im Foyer der Babenbergerhalle haben wir wieder einen Informationsstand aufgebaut - wir laden zum Besuch ein! - Am Sonntag, dem 18. Oktober, findet das 16. Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier beim Engelmänn in Wien 17, statt. Beginn ist um 14 Uhr. Alle Freunde des Bowlings und des Kegels - auch die, die es noch werden wollen - sind dazu herzlich eingeladen. Es gibt keine Altersbeschränkung - jeder kann mitmachen, egal ob Damen oder Herren (es gibt auch zwei Wertungen!). Näheres im Inneren dieser „Sudetepost“! - 24. und 25. Oktober: Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre SDJÖ“ im „Haus der Heimat“ in Wien 3. Da sollten doch alle Freunde und auch die ehemaligen Kameraden dabei sein, auch die Teilnehmer der verschiedenen Sommerlager! Näheres im Zeitungsinneren! - Am Montag, 26. Oktober, findet die 9. Stadträtswanderung statt! Dazu sind alle Interessierten jedweden Alters - also alle jungen Freunde und Landsleute, Bekannte usw. recht herzlich zum Mitmachen eingeladen. Es gibt kein Nenngeld. Eine Mannschaft - ohne jedwede Altersbeschränkung und in jeder Zusammensetzung möglich - besteht aus zwei Personen (also einem Paar). Die Wanderung bereitet sicherlich großen Spaß und wird bei jeder Witterung durchgeführt. Auch ältere Menschen können die Etappen leicht „bezwängen“, man kann die Rätswanderung entweder zu Fuß, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zum Teil mit dem Pkw durchführen. Bedingung zum Mitmachen ist eine rechtzeitige Anmeldung, bis spätestens 15. Oktober, bei Familie Leopold-Slezak, Tel. 484 92 81 - abends! Nachmeldungen am Start sind nur bedingt möglich. Treffpunkt ist ab 8.30 Uhr beim Schottentor/Ring, oben bei den Linien 43 und 44. Dazu auch die Ankündigung im Zeitungsinneren beachten! - Wieder machte uns der Wettergott einen Strich durch die Rechnung bei der Durchführung des Jedermann-Wettkampfes am 5. September. Die Wetteraussichten waren schlecht und es begann auch eine Stunde vor der Veranstaltung leicht zu regnen. Und es wurde immer mehr, so daß an ein Beginnen nicht zu denken war. Gekommen waren wirklich nur die Unentwegten, denen das Wetter nichts ausmachte. Doch siehe da: Es nieselte nur mehr ein wenig und wir konnten anfangen. Und dann hörte es für eineinhalb Stunden gänzlich auf (um dann in Strömen zu gießen). Völlig ungestört, bei guten Temperaturen, konnten die Wettkämpfe dann doch durchgeführt werden und all jenen, die dabei waren, hat es Spaß gemacht. Begrüßen konnten wir u. a. die Obfrau des Turnvereins Favoriten, Frau Bezirksvorsteher-Stellv. Henriette Frank und die SLÖ-Bundesobleute Karsten Eder und Reg.-Rat Ludwig Horer samt Gattinnen. Hier nun die Ergebnisse (jeweils die Sieger): Frauen: Schüler I: Ina Dzikowski, 196 Punkte; Altersklasse I: Martina Grohmann, 1278 Punkte; Alterskl. II: Henriette Frank, 12 Punkte; Alterskl. III: Ulla Penk, 18 Punkte; Alterskl. IV: Margit Richter, 20 Punkte. - Männer: Kinder I: Bernd Panzirsch, 53 Punkte; Kinder II: Bernhard Kutschera, 67 Punkte; Schüler I: Florian Hubmann, 44 Punkte; Schüler II: Harald Eder, 115 Punkte; Alterskl. III: Klaus Seidler, 43 Punkte; Alterskl. VI: Reg.-Rat Ludwig Horer, 32 Punkte. Im Anschluß daran fand ein gemütliches Beisammensein in Oberlaa statt, wozu noch einige Kameraden kamen.

Landesgruppe Niederösterreich

Übernächstes Wochenende - 25. bis 27. September - findet der Heimattag in Wien und Klosterneuburg statt. Da muß man ganz einfach dabei sein. Vor allem bei den Veranstaltungen in Klosterneuburg sollte die junge und mittlere Generation mitmachen, sei es beim Festgottesdienst, beim Festzug und beim Heimattreffen in der Babenbergerhalle. Übrigens hat dort die Sudetendeutsche Jugend einen

Informationsstand aufgebaut - dort bekommt Ihr sämtliche Auskünfte über uns und unsere Aktivitäten - kommt hin, fragt und wir werden Euch antworten! - Alle Bowlingfreunde - vor allem aus der Umgebung Wiens - sind zum Bowlingturnier am Sonntag, dem 18. Oktober, in Wien 17, eingeladen. Wir wollen dort mit einer starken Mannschaft aus unserem Bundesland auftreten. Wer macht mit? Näheres im Zeitungsinneren. - Kommt alle zur Jubiläumsveranstaltung anläßlich „50 Jahre SDJÖ“ am 24. und 25. Oktober ins „Haus der Heimat, in Wien 3, Steingasse 25! Meldet Euch bitte sofort an! Lest den Aufruf an anderer Stelle in dieser Zeitung! Ebenso erwarten wir Euch bei der Stadträtswanderung am 26. Oktober! - Samstag, 7. November: Österreichisch-sudetendeutsches Volkstanzfest in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg! Wir treffen dort einander zum 31. Mal und laden dazu alle Landsleute und alle Freunde des Volks- und Brauchtums, jedweden Alters, recht herzlich zum Besuch ein (die Veranstaltung findet von 18 bis 23 Uhr statt)!

Landesgruppe Oberösterreich

Unsere alljährliche Autofahrt im Herbst wird uns diesmal zur Festveranstaltung anläßlich des 50-Jahr-Jubiläums der SDJÖ ins „Haus der Heimat“, in Wien 3, führen! Dazu laden wir alle Freunde und vor allem auch die ehemaligen Kameraden recht herzlich zum Mitfahren ein. Dringende Anfragen und Anmeldungen sind sofort bei Traudl Schaner, Wels, Tel. 0 72 42/47 1 50, zu richten! Kommt bitte nicht im letzten Augenblick, es könnte sonst kein Platz mehr frei sein! Schon jetzt freuen wir uns auf das Treffen mit allen anderen Freunden!

Landesgruppe Kärnten

In dieser Nummer der „Sudetepost“ ist der Bericht über die sehr gut gelungene Bergtour in Osttirol zu lesen. Natürlich liest sich so ein Bericht sehr einfach und man freut sich, daß alles bestens geklappt hat. Ebenso waren alle Teilnehmer begeistert und man freut sich schon auf die nächste Bergtour im kommenden Jahr. Aber eigentlich weiß niemand so recht, wieviel Arbeit dahinter steckt, um so ein Wochenende durchzuführen. In diesem Zusammenhang danken wir besonders unserer Familie Katzer recht herzlich. Ohne Euch ginge nichts und es wäre auch nicht leicht möglich, solche Bergfahrten jedes Jahr durchzuführen! Wie schon des öfteren betont: Unsere „Katzers“ sollen für alle Landsleute und Freunde als Vorbild dienen. Die Zeichen der Zeit haben sie, neben den anderen Amtswältern in St. Veit a. d. Glan, erkannt. Alle Generationen sind in der Landsmannschaft und in der Jugendgruppe voll eingebunden und sind voll gleichberechtigt! So müßte es eigentlich in allen Gliederungen geschehen, denn nur so kann es eine sichere Zukunft für unsere Volksgruppe geben. In St. Veit wird es sicherlich noch Jahrzehnte so weitergehen, denn dort funktioniert es schon seit mehr als zwanzig Jahren bestens! Dort, wo es nicht so klappt, da sollte man schleunigst einen anderen Weg einschlagen und dringend versuchen, die mittlere und jüngere Generation anzusprechen und voll einzubinden!

Arbeitskreis Südmähren

Zum ersten Heimatabend nach den Ferien hatte sich wieder eine stattliche Anzahl von Freunden eingefunden und es gab viel von den Urlaubserlebnissen zu erzählen. Vorbereitungen wurden auch für die künftigen Veranstaltungen getroffen und deren liegen etliche vor uns: Sonntag, 27. September: In Klosterneuburg findet im Rahmen des Heimattages der Festzug statt (14 Uhr - siehe auch das Programm); auch am Sonntag, dem 27. September, ist der Winzerumzug in Retz. Wir machen mit dem „Südmährer-Festwagen“ mit. Alle Trachtenträger sind zum Mitmachen bei beiden Veranstaltungen herzlich eingeladen! - Dienstag, 6. Oktober: Heimatabend ab 20 Uhr im „Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt. - Sonntag, 18. Oktober: Bowling-Turnier gemeinsam mit der SDJ beim Engelmänn in Wien 17, Beginn um 14 Uhr (Näheres im Zeitungsinneren) - Ganz besonders möchten wir alle Freunde und Kameraden - vor allem die ehemaligen Kameraden aus der Sudetendeutschen Jungmannschaft, der Thayajugend usw. (unsere Vorgängerorganisation) auf die Jubiläumsveranstaltung anläßlich „50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich“, am 24. und 25. Oktober, im „Haus der Heimat“, in Wien 3, Steingasse 25, hinweisen. Gerade die Südmährer und die Thayajugend haben da einen ganz wesentlichen Beitrag durch diese 50 Jahre hindurch geleistet - nehmt alle an dieser Veranstaltung teil. Das genaue Programm ist den Vorderseiten der „Sudetepost“ zu entnehmen. Meldet Euch alle so rasch als möglich an! - Sonntag, 1. November: Totenandacht der Heimatvertriebenen in der Augustinerkirche; Samstag, 7. November: Volkstanzfest in Klosterneuburg!

Wahltag ist Zahntag

Schau, schau, plötzlich steigen wir Sude- tendendeutschen und Heimatvertriebenen wie- der einmal in der Gunst unserer Politiker. Viele Politiker, die uns nie beachteteten, ent- decken plötzlich ihr Herz für uns.

Die etablierten Parteien erinnern sich der großen Wählergruppe der Vertriebenen stets kurz vor den Wahlen, und nur dann wird mit vollmundigen Versprechungen, Zusagen und Aufmerksamkeiten nachhaltig um deren Gunst geworben. Nach den Wahlen reduziert sich das Interesse sprunghaft und es reicht meist nur noch für laue Lippenbekenntnisse. Doch das Gedenken an das schreckliche Verbrechen der Vertreibung und das Be- kenntnis zur Kultur und Geschichte der Deut- schen in Ost- und Mitteleuropa ist nicht allein eine Frage des Anstandes und der Solidarität mit den Menschen, die nach dem Krieg alles verloren, nein, es ist eine moralische Ver- pflichtung für das ganze deutsche Volk!

Da ich mich meiner Heimat wesentlich mehr verbunden fühle als irgendeiner Partei, wähle ich jene Politiker, die Rückgrat zeigen und sich für die Rechte der Verfolgten und Vertriebenen einsetzen, egal, welcher politi- schen Richtung sie angehören. Ich glaube, wenn viele Vertriebene auch so denken wür- den, würde sich vielleicht mancher Politiker am Riemen reißen und sich seiner Verpflich- tung gegenüber den Heimatvertriebenen ein- nes besseren besinnen.

Fritz Winkelmann, Marktoberdorf

Kalte Dusche

Betreff: „Ein Sudetendeutscher erkämpft Milliardenentschädigung“ (in „Sudetentpost“, Folge 17).

Beim Lesen der Schlagzeile auf der Seite 1 dachte ich: „Naja, einer unserer großen Söhne hat in Prag etwas erreicht.“

Die kalte Dusche auf Seite 3: „Einer unse- rer großen Söhne hat gegen sein Volk etwas erreicht. Bravo!“

Dkfm. Werner Sturm, Traun

Gehirnwäsche

Es ist ein Irrtum, zu glauben, Gehirnwä- sche hätte es nur während des Kalten Krie- ges und nur hinter dem „Eisernen Vorhang“ im kommunistischen Machtbereich gegeben. Auch die Bonner Politiker mit ihren Instru- menten, den Massenmedien, betreiben fleißig geistige Umerziehung. Die Methoden sind anders als seinerzeit im kommunisti- schen Machtbereich, jedoch genauso hinter- hältig und verwerflich.

Die den Bonner Politikern in jeder Weise willfährigen Massenmedien sind das wirk- samste Instrument der ideologischen Umer- ziehung. So wird das Verschweigen der an den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen zur Staatsdoktrin erhoben. Die Vertreibung der Menschen aus ihrer Heimat im Osten Deutschlands wird zum normalen, nicht erwähnenswerten Vor- gang abgestuft. Jeder Gedanke an Wieder- gutmachung oder Bestrafung der noch lebenden Verbrecher, die bei der Vertreibung der Deutschen raubten, vergewaltigten und mordeten, ist verpönt.

Leider wird immer deutlicher, daß Leute, die man in der Sudetendeutschen Lands- mannschaft als Amtsträger bezeichnet, eifrig an dieser Umerziehung mitwirken.

Die Heimatzeitung „Unser Niederland“, das offizielle Organ der Heimatvertriebenen aus dem nordböhmischen Niederland, offenbarte in einem Beitrag über eine Seminarwoche am Heiligenhof Erstaunliches. Eine Uta von Deun sieht sich nach dem Besuch der Bil- dungsstätte Heiligenhof in Bad Kissingen zur Formulierung folgender geistiger Ergüsse zum deutsch tschechischen Verhältnis ver- anlaßt:

„...Auf einer ihnen nicht bewußten tiefen

Tribüne der Meinungen

Ebene sind beide Völker eng miteinander verbunden“ – Ende des Zitates.

Ich für meinen Teil habe nicht im gering- sten das Gefühl, mit einem Volk verbunden zu sein, dessen Führer von einst zum Mord an uns Sudetendeutschen aufriefen und des- sen Verbrechen Völkermord, Raub, Verge- waltigung und Vertreibung von ihren heutigen Führern als legitim betrachtet werden.

Neben anderem Unsinn ist noch dies im gleichen Blatt zu lesen: „...Wäre das nicht Grund genug, hierfür dankbar zu sein und sich bewußt zu machen, daß wir, als die in jeder Hinsicht reicheren Vertriebenen, die ärmeren Vertreiber in Ruhe lassen sollten.“

Diese Schizophrenie zu kommentieren, hieße dem zuviel Ehre anzutun. Es ist schlimm genug, daß dieses Blatt, das sich Heimatzeitung nennt, solchen Unsinn ab- druckt. Äußerst bedenklich wird es jedoch, wenn andere Meinungen zu solchem Ge- schmier im Papierkorb der Redaktion landen und nicht veröffentlicht werden. Durch solche Manipulationen wird der Eindruck erweckt, als teilten die braven Leser die Meinung der Verfasserin. Das verstehe ich unter Mei- nungsmache.

Dieser Trend herrscht auch in den soge- nannten Bildungseinrichtungen des Sudeten- deutschen Sozialwerkes vor. In einer dieser Einrichtungen mußte ich im Frühjahr 1998 feststellen, daß die Gedanken der Charta der Heimatvertriebenen, der Kampf um Heimat- recht und Eigentum, keine Rolle mehr spiel- ten.

Anläßlich eines Vortrages, den ich vor tschechischen Studenten zum Problem der angeblichen Schuld der Sudetendeutschen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hielt, mußte ich nicht nur das vollkommene Feh- len des Unrechtsbewußtseins dieser jungen Tschechen erleben, sondern auch, daß sie in dieser Geisteshaltung von den deutschen Verantwortlichen äußerste Unterstützung fanden. Nicht selten kam es während meines Vortrages zu hämischen Zwischenbemerkun- gen von seiten des deutschen „Betreuers“ dieser tschechischen Studenten. Auch be- wußte Falschdarstellungen der historischen Tatsachen wurden präsentiert, die ich als Vertreter der Leidensgeneration problemlos widerlegen konnte.

So spannt sich ein weiter Bogen von den heutigen Bonner Politikern und ihren Zielen, bis zu leider vielen Pseudovertretern der Ver- triebenen und ihren Verbildungsinstrumen- ten.

Bleibt also die dringende Notwendigkeit der Aktivierung aller Landsleute zum gemein- samen Handeln. Das Ziel kann nur sein, Ver- hältnisse in Europa im Sinne der Charta der Heimatvertriebenen zu schaffen. Nur so ist der friedliche Aufbau eines geeinten Europa gesichert. Den Landsleuten in der Bundesre- publik kann man nur empfehlen, die Wahl- programme der etablierten Parteien genau durchzulesen und die zu wählen, deren Ziel- stellung darin besteht, den Heimatvertriebe- nen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Hans Siegert, D-Rudolstadt

Goldrausch

Zu den Restitutionsforderungen jüdischer Nazi-Opfer:

Es stellt sich die Frage: Warum darf nur die eine Gruppe von Menschen ihr Eigentum zurückfordern, bzw. eine Entschädigung ver- langen, ohne daß überhaupt eine genaue Prüfung jedes einzelnen Falles stattfindet, wem etwas und was tatsächlich jedem geraubt wurde? Wer entschädigt all die Mil- lionen Vertriebenen, darunter auch die Sude- tendendeutschen, die alles verloren haben, nicht nur ihren gesamten Besitz, sondern auch

ihre Heimat?! Auch ihnen wurden sämt- liche Wertgegenstände, darunter auch aller Schmuck aus Edelmetall, abgenommen!

Wer fordert für diese Gruppe von Men- schen eine Entschädigung? Wo bleibt die Klage gegen jene Staaten, die diese Taten verübt haben? Gilt für sie nicht das gleiche Recht wie für jene, die sich zur Zeit in einem „Goldrausch“ befinden und keinen Wert auf den Begriff „Heimat“ legen, der für die Sude- tendendeutschen an erster Stelle steht?!

Wer setzt sich für jene Zwangsarbeiter ein, die erst nach dem Krieg zu Hunderttausen- den in russischen, polnischen, tschechischen und anderen Ländern, in Kohlen- und Uran- bergwerken sowie in verschiedenen Indus- triebetrieben, unter schwersten Bedingungen oft jahrelang arbeiten mußten, wobei Zigtäu- sende um ihr Leben kamen?! Wohl niemand!

Leider gehören all diese genannten Betrof- fenen nicht zu den „Auserwählten“ derjeni- gen mit dem „vielen Gold“.

Ing. Gustav Pittner, Langenlois

Völkermord entkriminalisieren

Durch die Vertreibung und Beraubung der Sudetendeutschen ist der Tatbestand des Völkermordes auf dreifache Art verwirklicht worden. In der Absicht, diese Volksgruppe zu zerstören, wurden

- Mitglieder der Gruppe getötet,
- Mitgliedern der Gruppe schwere körper- liche und seelische Schäden zugefügt und wurde
- die Gruppe unter Lebensbedingungen gestellt, die geeignet waren, deren kör- perliche Zerstörung herbeizuführen.

In der Völkerrechtswissenschaft ist diese Beurteilung einhellig. Felix Ermacora, Öster- reichs bedeutendster Menschenrechtsexper- te, faßte zusammen: Diese Tatbestands- merkmale verdichten sich so zu einem Maße, daß eine andere Interpretation des Komplexes der Vertreibung der Sudetendeutschen, wie in diesem Gutachten angeführt – zumin- dest von der heutigen Warte aus gesehen – bei bestem Wissen und Gewissen für den Gutachter nicht denkmöglich ist.

Höchstes Erstaunen erregen deshalb in neuerer Zeit Stimmen, die glaubenmachen können, es handle sich bei diesem schwer- sten Verbrechen, das die internationale und nationale Rechtsordnung kennt, um Tatbe- stände, über die man zur Tagesordnung übergehen darf.

Die Vizepräsidentin eines Parlaments ver- langt von den Sudetendeutschen, unver- söhnliche Positionen und alte Vorwürfe auf- zugeben. Irgendwann müsse man seine Kin- der und Enkel von den eigenen Erfahrungen befreien, („General-Anzeiger“, Bonn, 31. 10. 1997). Der Bischof einer christlichen Kirche spricht sich in Prag gegen die Aufhebung der Beneš-Dekrete aus, weil dies nur Unruhe und Verunsicherung brächte; („Die Welt“, 9. Juni 1998).

Der Geschäftsführer eines deutsch-tsche- chischen Fonds rügt Äußerungen deutscher Politiker und Vertriebenenvertreter, die Tschechische Republik sei noch nicht EU- fähig. Zwar wären die Beneš-Dekrete, die Vertreibungsstrafatären Straffreiheit gewähr- ten, unvereinbar mit den Menschenrechten. Aber statt der Tschechischen Republik politi- sche und moralische Bedingungen zu diktie- ren, solle die Staatengemeinschaft auf den mit dem EU-Beitritt verbundenen dynami- schen Prozeß der Harmonisierung der Rechtsordnung setzen. Dabei wird wiederum verkannt, daß es sich bei dem Dekret nicht um ein Straffreiheitsgesetz handelt, sondern

daß Straftaten (Mord, Totschlag, Vertreibung, Raub) für rechtmäßig erklärt werden. Das verstößt nicht nur gegen die Menschenrech- te, sondern steht im Widerspruch zu den zehn Geboten Gottes.

In einer Zeit, in der erstmals Völkermord von internationalen Gerichten abgeurteilt wird, müssen solche Äußerungen als unver- ständlich empfunden werden. Sie erwecken den Anschein, als sollte dazu beigetragen werden, dem Vertreiberstaat die Vorteile der Tat zu sichern.

Dr. Hermann Nadler, D-Wachtberg

Gleicher Maßstab

Betr.: Haider: Gleicher Maßstab für Holo- caust-Opfer und für Sudetendeutsche bzw. für vertriebene Altösterreicher.

Im „Kurier“ vom 10. September 1998 stand auf Seite 3 zu lesen:

... Österreich-Patriotismus will er (Haider) auch in der Entschädigungsdebatte für jüdi- sche Holocaust-Opfer beweisen. Es müsse für vertriebene Sudetendeutsche bzw. Alt- österreicher der gleiche Maßstab gelten, wie für die Opfer der NS-Zeit. „Wenn wir über Wiedergutmachung diskutieren, dann reden wir über alle.“

Im ZIB-2-Interview verschärfte Haider dann seine Aussagen und behauptete tatsäch- lich, den Sudetendeutschen wäre nach dem Zweiten Weltkrieg das gleiche angetan wor- den wie den Juden im NS-Regime.

Soweit der Journalist Christian Thonke vom „Kurier“:

Es erhebt sich die Frage, was denn Herr Thonke meint oder darunter versteht, wenn er schreibt ... „behauptet tatsächlich“ ...?

Dieser Vergleich ist eigentlich etwas ge- schmacklos, denn er steht da sozusagen als eine Verniedlichung der Schrecken der Ver- treibung mit den mehr als 241.000 gemorde- ten Sudetendeutschen und den fast 200.000 geschlachteten Donauschwaben in Jugosla- wien – nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nun, ich will Herrn Thonke nichts unterstel- len, aber ist es eigentlich nicht so, daß jeder Tote einfach zuviel war: Seien es die in den KZ Ermordeten aller Nationen (darunter die jüdischen Opfer), die bei der Vertreibung Ermordeten (nur weil sie eben Deutsche wa- ren) – es waren dies mehr als 2,2 Millionen und all die Toten, die auf den Schlachtfeldern diesseits und jenseits der Kampflinien blie- ben, egal ob Soldaten, Zivilisten, Bomben- opfer usw.

Im übrigen hat Herr Dr. Haider im ZIB-2- Interview auch gesagt, daß jeder Tote gleich viel wert ist – oder so ähnlich.

Darum sollte man sich seine geschriebe- nen Worte sehr wohl genau überlegen, wie ich meine. Denn es gibt und gab niemals Tote erster und zweiter Klasse!

Das sollte man auch beim „Kurier“ wissen!

Hubert Rogelböck, Wien

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müs- sen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Ver- ständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.

SCHON ABONNIERT?

Sudetentpost

Die sudetendeutsche Zeitung,
DIE KLARTEXT SCHREIBT!